



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra



# Südostasien Strategie 2023–2026



Aussenpolitische Strategie  
2020–2023



**Südostasien Strategie**  
2023–2026

Beim vorliegenden Bericht, der vom Bundesrat am 15. Februar 2023 gutgeheissen wurde, handelt es sich um eine geografische Folgestrategie zur [Aussenpolitischen Strategie 2020–2023](#)  (APS 2020–2023). Die Verabschiedung der Südostasien-Strategie 2023–2026 entspricht einer Massnahme des Bundesrats im Rahmen seiner [Jahresziele 2022](#) .

# Vorwort



Im Sommer 2021 hatte ich Gelegenheit, Südostasien zu besuchen. Die Reise war nicht ganz einfach: Aufgrund der Covid-19-Pandemie galten strenge Schutzmassnahmen. Unsere Delegation konnte sich nur bedingt frei bewegen, und auch der Kontakt zur lokalen Bevölkerung war eingeschränkt.

Trotz dieser Umstände war unverkennbar, dass die Region in Bewegung ist. Regierungsvertreterinnen und -vertreter blickten selbstbewusst und optimistisch in die Zukunft. Zielstrebige Unternehmerinnen und Unternehmer suchten die Chancen neuer Technologien zu nutzen. Moderne Städte standen sinnbildlich für die verbesserten Lebensbedingungen einer heranwachsenden Mittelschicht.

Diese Dynamik bietet auch Chancen für die Schweiz. Südostasien gewinnt geopolitisch an Bedeutung und wird als globaler Partner zunehmend wichtig. Schweizer Wirtschaftsakteure können am Aufstieg Südostasiens teilhaben und zur weiteren Entwicklung der Region beitragen. Dabei dürfen wir den Blick für die regionalen Herausforderungen nicht verlieren – etwa die bewaffneten Konflikte oder der Klimawandel, der zunehmend deutlich seine Spuren hinterlässt. Auch hier ist ein Schweizer Beitrag gefragt.

Mit der vorliegenden Strategie trägt der Bundesrat der zunehmenden Bedeutung Südostasiens Rechnung. In den Jahren 2023 bis 2026 strebt er eine Vertiefung der Beziehungen der Schweiz zu dieser Region an. Die Strategie bündelt die Kräfte der diversen aussenpolitischen Akteure und trägt so zur Kohärenz der Schweizer Aussenpolitik bei. Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

A handwritten signature in black ink, which appears to read 'Cassis'.

Bundesrat Ignazio Cassis  
Vorsteher Eidgenössisches Departement  
für auswärtige Angelegenheiten

# Inhaltsverzeichnis

---

<b>Zusammenfassung</b>	<b>5</b>
<b>1 Einleitung</b>	<b>6</b>
<b>2 Geopolitische Auslageordnung</b>	<b>9</b>
<b>3 Schweizer Interessenlage</b>	<b>19</b>
<b>4 Multilaterale Schwerpunkte</b>	<b>24</b>
4.1 Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN)	24
4.2 Weitere multilaterale Formate	26
<b>5 Bilaterale Schwerpunkte</b>	<b>27</b>
5.1 Indonesien	28
5.2 Kambodscha	30
5.3 Laos	32
5.4 Malaysia	34
5.5 Myanmar	36
5.6 Philippinen	38
5.7 Singapur	40
5.8 Thailand	42
5.9 Vietnam	44
5.10 Brunei Darussalam	46
5.11 Timor-Leste	47
<b>6 Partner für die Umsetzung</b>	<b>48</b>
Anhang 1: Vertretungsnetz	50
Anhang 2: Abkürzungsverzeichnis	52
Anhang 3: Glossar	53

# Zusammenfassung

Südostasien ist eine dynamische Wachstumsregion. Der Aufstieg Asien-Pazifiks hin zu einem vorrangigen geopolitischen Machtzentrum spielt sich auch in den elf Ländern dieser Region ab. Schon heute bilden sie zusammen den fünftgrössten Wirtschaftsraum der Welt. Ihre wachsende Integration in globale Wertschöpfungsketten geht einher mit steigenden Lebensstandards. Gleichzeitig sieht sich Südostasien vermehrten Risiken ausgesetzt: Sicherheitspolitische Spannungsfelder gefährden globale Handelswege, und die Auswirkungen des Klimawandels sind hier besonders ausgeprägt.

Die Schweizer Aussenpolitik trägt der Dynamik Südasiens Rechnung. In den Jahren 2023 bis 2026 will die Schweiz ihre Beziehungen zu den Ländern der Region weiter festigen und mit Blick auf die Herausforderungen der Zukunft gezielt vertiefen. Sie nutzt dabei die Chancen, die sich durch den Aufstieg Südasiens ergeben, und leistet einen Beitrag an den Umgang mit den regionalen Risiken. Die angestrebte Vertiefung der Beziehungen zu Südostasien bietet auch Gelegenheit zur Diversifizierung der Schweizer Interessen im asiatisch-pazifischen Raum.

Die Strategie definiert Ziele und Massnahmen für die multilaterale und bilaterale Dimension der Schweizer Südostasienpolitik. Sie orientiert sich dabei an den thematischen Schwerpunkten der Aussenpolitischen Strategie (APS) 2020–2023, namentlich Frieden und Sicherheit, Wohlstand, Nachhaltigkeit und Digitalisierung. Sie trägt ausserdem den Bedürfnissen der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer in Südostasien Rechnung.

Der Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) ist die wichtigste internationale Organisation im Raum Asien-Pazifik. Als sektorische Dialogpartnerin der ASEAN will die Schweiz diese Beziehung stärken. Dazu gehört neben dem politischen Austausch auch die Weiterentwicklung der technischen Zusammenarbeit Schweiz-ASEAN auf einer breiten Themenpalette (u.a. Digitalisierung, Berufsbildung, Katastrophenvorsorge, Menschenrechte und Umwelt).

Die Strategie legt weiter dar, wie die Schweiz die Beziehungen zu den einzelnen Staaten der Region gestalten will. Mit diesem länderspezifischen Ansatz trägt der Bundesrat dem unterschiedlichen Entwicklungsniveau der südostasiatischen Länder und der jeweiligen Schweizer Interessenlage Rechnung. Die Programme der Entwicklungszusammenarbeit des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) und der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) sind integraler Bestandteil der bilateralen Beziehungen zu den betreffenden Ländern.

Die Südostasien-Strategie 2023–2026 ist das Ergebnis eines breiten Konsultationsprozesses mit Anspruchsgruppen inner- und ausserhalb der Bundesverwaltung. Auch ihre Umsetzung basiert auf einem partnerschaftlichen Ansatz. Alle relevanten nationalen Akteure sind eingeladen, zu einer kohärenten Aussenpolitik der Schweiz gegenüber den Ländern Südasiens beizutragen.

# 1 Einleitung

Die vorliegende Strategie bezieht sich auf die elf Länder, die gemeinhin unter dem geografischen Begriff «Südostasien» zusammengefasst werden (Grafik 1). Dieses Gebiet ist weitgehend deckungsgleich mit den Mitgliedstaaten des Verbands Südostasiatischer Nationen (*Association of*

*Southeast Asian Nations, ASEAN*). Die einzige Ausnahme ist Timor-Leste, das 2022 grundsätzlich als neues Mitglied aufgenommen wurde und dessen Aufnahmeprozess als vollwertiges Mitglied derzeit im Gange ist.



Grafik 1: Geografischer Umfang der Strategie (Quelle: EDA).

# 1.1 Warum eine Südostasien-Strategie?

Der **geopolitische Machtschwerpunkt** verlagert sich nach Osten. Über die Hälfte der Weltbevölkerung lebt heute im Raum Asien-Pazifik, und rund 35% der globalen Wirtschaftsleistung werden dort erbracht (kaufkraftbereinigt: 40%).<sup>1</sup> Auch auf weltpolitischer Ebene machen die asiatisch-pazifischen Länder ihr Gewicht zunehmend geltend. Südostasien ist Teil dieser Entwicklung. Die elf Länder bilden zusammen den fünftgrössten Wirtschaftsraum der Welt. Ihre geografische Lage im Zentrum des asiatisch-pazifischen Raums verleiht ihnen zusätzliche Relevanz und macht sie zu einem zentralen Schauplatz des strategischen Wettbewerbs zwischen der Volksrepublik China und den USA.

Auch **für die Schweiz ist Südostasien von zunehmender Bedeutung**. Dank der dynamischen Entwicklung der südostasiatischen Volkswirtschaften wächst das Potenzial für die Zusammenarbeit im Handels- und Investitionsbereich. Dessen Erschliessung trägt zur Wohlfahrtsförderung bei. Auch für

den Erhalt von Frieden und Sicherheit und für die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung gewinnt Südostasien an Stellenwert.

Mittels tragfähiger, **strategisch ausgerichteter Beziehungen** zu den Ländern der Region kann die Schweiz der wachsenden Bedeutung Südostasiens Rechnung tragen. Sie fördert damit auch die Diversifikation ihrer Interessen im chancenreichen und komplexen Raum Asien-Pazifik. Die vorliegende Südostasien-Strategie ergänzt in diesem Sinn die 2021 verabschiedete China-Strategie des Bundesrats.

Die Strategie bietet einen Rahmen für die **kohärente Interessenvertretung** der Schweiz gegenüber Südostasien. Ihre Gültigkeit erstreckt sich über die Jahre 2023 bis 2026. Ausgehend von einer Umfeldanalyse (Kap. 2) beleuchtet sie die übergeordneten Schweizer Interessen in der Region (Kap. 3). Sie definiert anschliessend Ziele und Massnahmen, die zur Wahrung dieser Interessen im multilateralen (Kap. 4) und bilateralen (Kap. 5) Kontext beitragen. Eine Erläuterung des bei der Umsetzung verfolgten partnerschaftlichen Ansatzes schliesst die Überlegungen ab (Kap. 6).

---

<sup>1</sup> Internationaler Währungsfonds (IWF), [World Economic Outlook](#), Oktober 2022.

# 1.2 Rückblick auf die Beziehungen zu Südostasien

Die **ersten Kontakte** zwischen der Schweiz und Südostasien reichen ins 17. Jahrhundert zurück. Damals besuchten erste Schweizer Kaufleute, Missionare und Forschungsreisende die Region. Nennenswerte Handelsbeziehungen kamen im 19. Jahrhundert in Gang, begünstigt durch die damals entstehenden Niederlassungen von Schweizer Handelshäusern. Mehrere tausend Schweizer dienten zudem als Söldner in der niederländischen Kolonialarmee im heutigen Indonesien. 1862 wurde in Manila das erste Schweizer Konsulat in Asien eröffnet. Es folgten Vertretungen in Batavia (1863; heute Jakarta), Singapur (1917), Saigon (1926; heute Ho-Chi-Minh-Stadt) und Bangkok (1932).

Während und nach dem Zweiten Weltkrieg erbrachte die Schweiz wiederholt **gute Dienste** in Südostasien. In ihrer Rolle als Schutzmacht vertrat sie etwa die Interessen des Vereinigten Königreichs und der USA in Thailand. Als Gaststaat der Genfer Konferenz von 1954 unterstützte sie die Friedensbemühungen im Indochina-Krieg, die in die staatliche Unabhängigkeit von Laos und Kambodscha mündeten. Im Zusammenhang mit dem laotischen Bürgerkrieg fand von 1961 bis 1962 eine weitere Friedenskonferenz in Genf und Zürich statt. In jüngerer Zeit (2018 bis 2021) vermittelte die Schweizerin Christine Schraner Burgener als UNO-Sondergesandte in Myanmar.

Ab Mitte des 20. Jahrhunderts fand eine **schrittweise Vertiefung** der Beziehungen statt. In den 1960er-Jahren leistete die Schweiz erstmals humanitäre und technische Hilfe in der Region. 1976 wurde mit Indonesien ein umfassendes Programm für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit vereinbart. Auch Vietnam (ab 1991), Laos (ab 2006), Kambodscha (ab 2012) und Myanmar (ab 2013) wurden zu Schwerpunktländern der internationalen Zusammenarbeit (IZA) der Schweiz. Nach dem folgenschweren Tsunami im Jahr 2004 leistete die Schweiz umfangreiche Nothilfe und unterstützte den Wiederaufbau in Indonesien und Thailand. Ab 1990 entwickelten sich insbesondere die Wirtschaftsbeziehungen sehr dynamisch. 2002 wurde im Rahmen der EFTA ein Freihandelsabkommen mit Singapur unterzeichnet. 2016 folgte, ebenfalls im EFTA-Rahmen, das Freihandelsabkommen mit den Philippinen. Das umfassende Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EFTA mit Indonesien wurde 2018 unterzeichnet und trat 2021 nach einer Volksabstimmung in Kraft.

Der Austausch zwischen der Schweiz und Südostasien wurde stets auch auf **persönlicher Ebene** gepflegt. Die zahlenmässig bedeutsamen Auslandsgemeinschaften bilden bis heute das Fundament der bilateralen Beziehungen. Der langjährige thailändische König Bhumibol (Rama IX.;

1927–2016) verbrachte seine Kindheit und Jugend im Kanton Waadt und blieb der Schweiz zeitlebens verbunden. Der Waadtländer Arzt Alexandre Yersin (1863–1943), Entdecker des Pestbakteriums, wirkte lange Jahre in Vietnam, wo ihm bis heute ein Museum gewidmet ist. Der Basler Aktivist Bruno Manser (1954–verschollen seit 2000) setzte sich im

malaysischen Teil Borneos für den Schutz des tropischen Regenwalds und der dort lebenden indigenen Bevölkerung ein. In Kambodscha errichtete und leitete der Zürcher Kinderarzt Beat Richner (1947–2018) fünf Kinderspitäler, die bis heute über eine durch ihn gegründete Stiftung mitfinanziert werden.

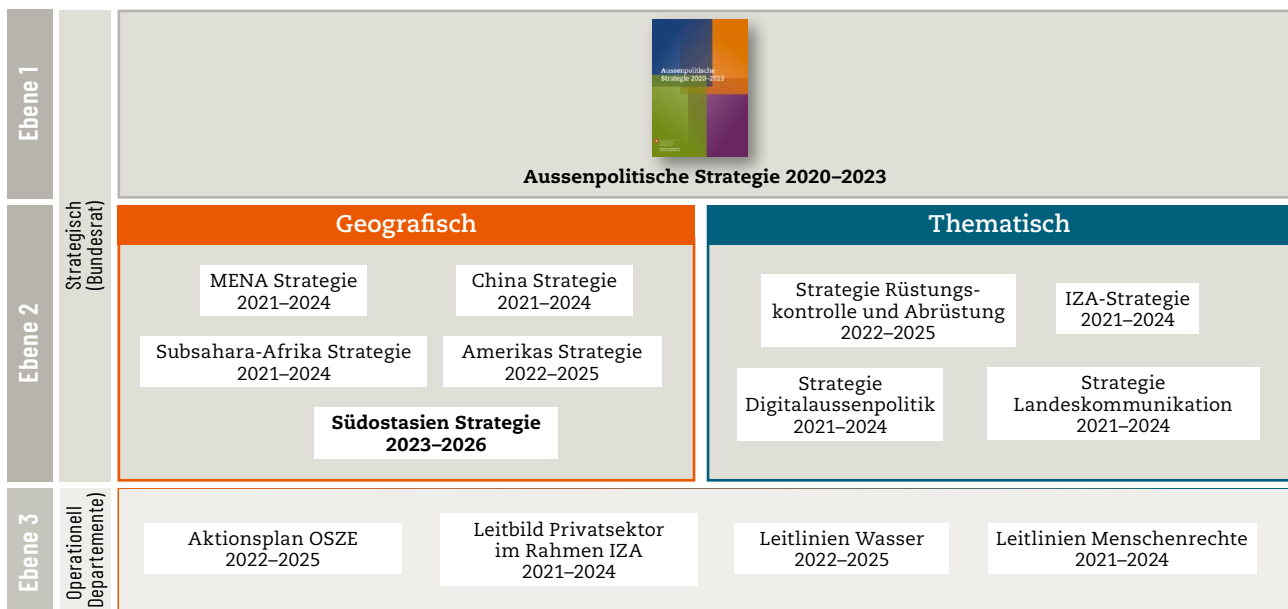
## 1.3 Kohärenz

Die vorliegende Strategie ist die fünfte geografische Folgestrategie zur APS 2020–2023. Sie ordnet sich in die **Strategiekaskade** der Schweizer Aussenpolitik ein und trägt so zu einer kohärenten Umsetzung der aussenpolitischen Schwerpunkte des Bundesrats bei (Grafik 2). Die Südostasien-Strategie 2023–2026 betrifft alle Departemente der Bundesverwaltung. Zusammen mit den relevanten thematischen Strategien dient sie als Grundlage für die operativen Umsetzungsdokumente der Schweizer Aussenpolitik in Südostasien.

Als **Grundlagendokumente** für die Südostasien-Strategie dienen die [Bundesverfassung](#), die relevanten Bundesgesetze<sup>2</sup>, die [Aussenpolitische Strategie 2020–2023](#) und deren Folgestrategien, insbesondere die [Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2021–2024](#) und die [Strategie Digitalaussenpolitik 2021–2024](#). Weitere massgebliche Dokumente des Bundesrats sind die [Strategie zur Aussenwirtschaftspolitik](#) (2021) und die [Internationale Strategie der Schweiz im Bereich Bildung, Forschung und Innovation](#)

(2018). Auf Stufe des EDA sind die [Leitlinien Menschenrechte 2021–2024](#) und die [Leitlinien Wasser 2022–2025](#) besonders relevant. Die [Aussenpolitische Vision Schweiz \(AVIS\) 2028](#) dient als zusätzliche Inspirationsquelle. Einen übergreifenden Orientierungsrahmen gibt ausserdem die [Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung](#) vor.

Die Akteurinnen und Akteure der Schweizer Aussenpolitik treten vor Ort als **Einheit** auf. Angehörige des EDA und weiterer Departemente arbeiten unter dem Dach der Schweizer Vertretungen zusammen und setzen die vorliegende Strategie gemeinsam um. Die Schweiz nutzt dabei die vielfältige Expertise ihres diplomatischen, konsularischen und IZA-Personals, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Swiss Business Hub, SECO und SBFI, der Verteidigungs- und Polizeiattachés, der Beraterinnen und Berater für menschliche Sicherheit, der Angehörigen des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe (SKH) sowie der Mitarbeitenden von Schweiz Tourismus.



Grafik 2: Aussenpolitische Strategiekaskade (Quelle: EDA – Illustrative Auswahl an Dokumenten).

<sup>2</sup> Insbesondere: [Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe](#); [Bundesgesetz über Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte](#).



# 2 Geopolitische Auslegeordnung

## 2.1 Globale Akteure und regionale Integration

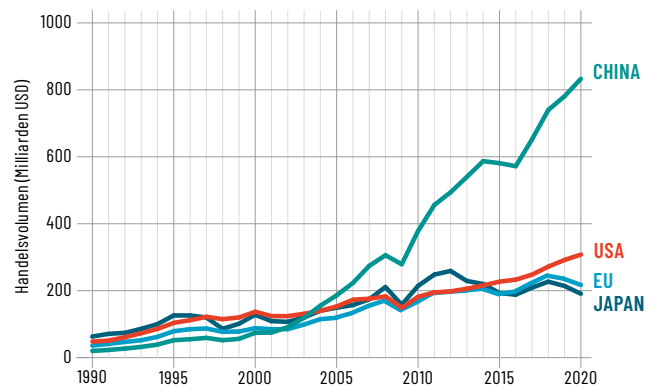
Südostasien rückt in den **Fokus geopolitischer Interessen**.

Dies liegt zum einem am zunehmenden wirtschaftlichen und demografischen Gewicht der Region. Die elf Länder bilden zusammen einen rund 680 Millionen Menschen umfassenden Wachstumsmarkt, dessen beachtliche Dynamik sich in den kommenden Jahren fortsetzen dürfte. Zum anderen befindet sich Südostasien im Zentrum des asiatisch-pazifischen Raums, der geopolitisch voraussichtlich wichtigsten Weltregion des 21. Jahrhunderts. Zentrale Schifffahrtsrouten, welche die Wirtschaftszentren Asiens mit der restlichen Welt verbinden, verlaufen durch sein Gebiet. Vor dem Hintergrund des aufkommenden Systemkonflikts zwischen China und den USA treffen in Südostasien divergierende ordnungspolitische Vorstellungen mit zunehmender Deutlichkeit aufeinander.

**China** betrachtet die südostasiatischen Länder als Teil seiner traditionellen Interessensphäre. Es verfügt über enge historische und kulturelle Verbindungen zur Region. Aufgrund seiner geografischen Lage ist es auf die Land- und Seewege durch Südostasien angewiesen, um seinen Zugang zu den globalen Märkten sicherzustellen. Auch militärstrategisch ist Südostasien für China von hoher Bedeutung. Im Zuge seines Aufstiegs zur Grossmacht konnte China seinen Einfluss in Südostasien deutlich ausbauen. Es ist heute der mit Abstand wichtigste Handelspartner der Region (Grafik 3). Enge Verflechtungen bestehen insbesondere mit Kambodscha, Laos und Myanmar, die nebst Investitionen und Hilfspflichtern auch diplomatische Unterstützung erhalten. Auch in den weiteren Ländern der Region übt China zunehmenden Einfluss aus. Dabei wirbt es – wie etwa bei der Zurverfügungstellung von Covid-19-Impfstoffen – einerseits um Wohlwollen. Andererseits pflegt es auch einen konfrontativen Stil, wie dies die mit Nachdruck verfolgten Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer veranschaulichen.

Zentrales Element der chinesischen Aussenpolitik gegenüber Südostasien ist die **Belt and Road Initiative (BRI)**. 2013 lanciert, fasst die Initiative zahlreiche Infrastrukturvorhaben zusammen, an deren Finanzierung und Bau China beteiligt ist. In Südostasien dient die BRI auch der verbesserten Anbindung Chinas an seine südlichen Nachbarn. Entsprechende Grossprojekte finden sich in allen Ländern der

Region, wengleich sie nicht überall unter dem BRI-Etikett geführt werden. Mit der BRI trägt China dazu bei, dass der hohe Investitionsbedarf in die südostasiatische Infrastruktur gedeckt wird. Gleichzeitig birgt die Initiative insbesondere für kleinere und finanzschwache Empfängerländer auch die Gefahr einer Überschuldung.



Grafik 3: Wichtigste Handelspartner Südasiens (Quelle: IWF [↗](#)).

Die **USA** sind bestrebt, ein Gegengewicht zum wachsenden Einfluss Chinas zu schaffen. Mit dem «*Pivot to Asia*» erklärten sie 2011 die strategische Hinwendung zum asiatisch-pazifischen Raum. Ihre 2022 veröffentlichte «Indopazifik-Strategie» ([Indo-Pacific Strategy](#) [↗](#)) unterstreicht die zentrale Rolle der Region für Sicherheit und Wohlstand der USA, wobei der ASEAN als Eckpfeiler der regionalen Architektur besondere Beachtung zukommt. Auf wirtschaftlicher Ebene haben die USA den strategischen Absichten bisher nur begrenzt Folge geleistet: 2017 zogen sie sich aus den Verhandlungen für eine transpazifische Partnerschaft (*Trans-Pacific Partnership*, TPP) zurück. 2022 lancierten sie einen neuen Rahmen für die wirtschaftliche Zusammenarbeit (*Indo-Pacific Economic Framework for Prosperity*, IPEF), der im Gegensatz zur TPP keinen Freihandel vorsieht. Sicherheitspolitisch hingegen bekräftigen die USA ihr regionales Engagement: Im Rahmen der Vision eines «freien und offenen Indopazifiks» (*Free and Open Indo-Pacific*) intensivieren sie die Präsenz im Südchinesischen Meer und führen vermehrt Manöver mit

Streitkräften der ASEAN-Staaten durch. Mit den Philippinen, Singapur und Thailand verfügen die USA in Südostasien über langjährige sicherheitspolitische Partner. In der südostasiatischen Nachbarschaft sind sie zudem treibende Kraft hinter der Reaktivierung des quadrilateralen Sicherheitsdialogs (*Quadrilateral Security Dialogue*, «Quad») mit Australien, Indien und Japan. Auch als Rückgrat des AUKUS-Bündnisses mit Australien und dem Vereinigten Königreich zeigen die USA verstärkte Bereitschaft zum sicherheitspolitischen Engagement im Raum Asien-Pazifik.

Die **EU** ist nach den USA und China drittgrößter Wirtschaftspartner Südostasiens.<sup>3</sup> Sie hat ihrerseits 2021 eine Strategie für die Zusammenarbeit im «Indopazifik» verabschiedet (*EU Strategy for Cooperation in the Indo-Pacific*).<sup>4</sup> Diese sieht eine Intensivierung der EU-Außenbeziehungen zu Südostasien vor. Zentrales Instrument hierfür ist die bereits seit 1977 bestehende Partnerschaft zwischen der EU und der ASEAN. Auch der Ausbau der Freihandelsnetzes ist Teil der Bestrebungen. Entsprechende Abkommen mit Singapur und Vietnam traten 2019 und 2020 in Kraft. Verhandlungen mit Indonesien sind im Gang, während die Gespräche mit Malaysia, den Philippinen und Thailand aktuell sistiert sind. Langfristiges Ziel der EU bleibt ein bi-regionales Freihandelsabkommen mit dem gesamten ASEAN-Staatenbund. Ferner hat die EU mit dem «*Global Gateway*» ihre eigene Initiative zur Förderung von Investitionen in die weltweite Infrastruktur lanciert. Inwieweit das Vorhaben auch Projekte in Südostasien unterstützen wird, muss sich noch weisen.

Weitere globale Akteure richten ihre Aufmerksamkeit verstärkt auf Südostasien. **Japan** pflegt ein traditionell enges Verhältnis zu den südostasiatischen Ländern und ist trotz BRI noch vor China größter Infrastrukturingestor in der Region.<sup>4</sup> Als wichtigster Geber öffentlicher Entwicklungshilfe<sup>5</sup> verfügt es zudem über einen hohen Vertrauensbonus. **Indien** strebt im Zuge seiner «*Act East*»-Politik ebenfalls strategische Beziehungen zu Südostasien an. Auch **Australien** erhöht die Kadenz seiner hochrangigen Treffen mit der ASEAN und ihren Mitgliedern. Aufgrund der geografischen Lage Südostasiens zwischen Australien und dem asiatischen Kontinent spielen hierbei auch Sicherheitsinteressen eine wichtige Rolle. Ausserhalb des asiatisch-pazifischen Raums sucht das **Vereinigte Königreich** nach dem EU-Austritt neue globale Partnerschaften. Es wurde 2021 Dialogpartner der ASEAN und strebt als bisher einziges Land, das nicht Teil der Pazifikregion ist, den Beitritt zur Neuauflage der transpazifischen Partnerschaft (*Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership*, CPTPP) an.

**Russland** ist ein wichtiger Lieferant von Rüstungsgütern nach Südostasien, insbesondere für Myanmar und Vietnam.<sup>6</sup> Insgesamt ist seine Bedeutung als Wirtschaftspartner jedoch beschränkt. Die militärische Aggression gegen die Ukraine hat in Südostasien unterschiedliche Reaktionen ausgelöst. Während etwa Singapur als einziges Land der Region Sanktionen ergriffen hat, stellte sich das Militärregime Myanmars vorbehaltlos hinter Russland. Die Mehrheit der südostasiatischen Länder vertritt währenddessen eine zurückhaltende Position. Einerseits möchten diese Länder ihre Beziehungen zu Russland, und insbesondere dem Russland nahestehenden China, nicht gefährden. Andererseits ist die gewaltsame Durchsetzung von Gebietsansprüchen, wie sie die USA, deren Verbündete und weitere westliche Staaten sanktionieren, auch für die südostasiatischen Länder nicht hinnehmbar. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der Spannungen im Südchinesischen Meer (vgl. Kap. 2.2).

Der Ukraine-Krieg illustriert die **zunehmende Gratwanderung**, die der aufkommende strategische Wettbewerb zwischen China und den USA den Ländern Südostasiens auferlegt. Diese stehen vermehrt unter Entscheidungszwang, vermeiden jedoch mehrheitlich klare Positionsbezüge. Als Nutzniesser des wirtschaftlichen Aufstiegs Chinas schätzen sie gleichzeitig die stabilisierende Rolle der USA als regionale Sicherheitsgaranten. Letztere erscheint umso notwendiger, je selbstbewusster China seine Sicherheitsinteressen vertritt. Auch Vorbehalte gegenüber allzu engen Wirtschaftsbeziehungen zu China, etwa aufgrund daraus resultierender politischer Abhängigkeiten, sprechen für eine Ausbalancierung der Interessen. Dabei streben die südostasiatischen Länder eine regelbasierte Ordnung an, in der kein aussenstehender Akteur sein Gewicht zu Ungunsten der Region ausspielen kann.

Bei der Förderung einer solchen Ordnung kommt dem **Verband Südostasiatischer Nationen** (*Association of Southeast Asian Nations*, ASEAN) eine tragende Rolle zu. Bereits die Gründung der Organisation im Jahr 1967 ging auf die Notwendigkeit zurück, gemeinsam einem drohenden Souveränitätsverlust – damals im Kontext des Kalten Krieges – entgegenzuwirken. Heute ist die ASEAN das bedeutendste multilaterale Format im asiatisch-pazifischen Raum. Ihr übergeordnetes Ziel ist die Vertiefung der regionalen Zusammenarbeit zwecks Förderung von Frieden und Stabilität, wirtschaftlichen Fortschritts und sozialer Entwicklung. Eine zentrale Errungenschaft ist dabei die fortgeschrittene wirtschaftliche Integration. Die weitgehende Aufhebung von Zöllen für den Warenaustausch innerhalb des Blocks hat dazu beigetragen, dass die Mitgliedsländer heute unter sich mehr Handel betreiben als mit jedem anderen Wirtschaftspartner.<sup>7</sup> Langfristig strebt die ASEAN die Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarkts nach EU-Vorbild an.

3 Internationaler Währungsfonds (IWF), *Direction of Trade Statistics*, Oktober 2022.

4 The Economist, *A glimpse into Japan's understated financial heft in South-East Asia*, August 2021.

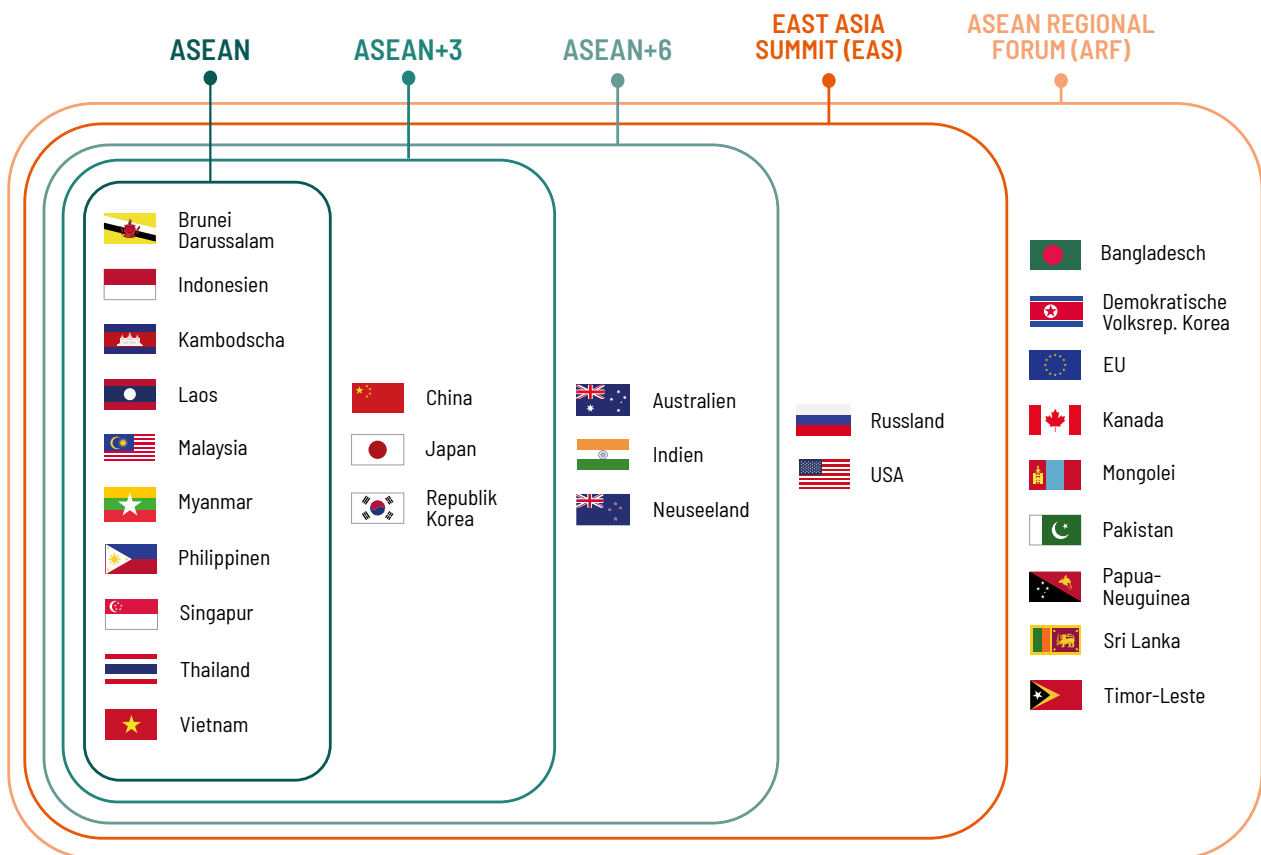
5 Brookings Institution, *Development in Southeast Asia: Opportunities for donor collaboration*, Dezember 2020.

6 Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), *Arms Transfers Database*, 2021.

7 ASEAN, *Trade in Goods*, 2021.

Über ihre eigene Integration hinaus versteht sich die ASEAN als **Plattform für den Einbezug weiterer Akteure** in eine breitere regionale Zusammenarbeit. Der 2019 verabschiedete *ASEAN Outlook on the Indo-Pacific* konkretisiert dieses Bestreben. Darin beansprucht die ASEAN eine Führungsrolle bei der Schaffung einer friedlichen, regelbasierten Ordnung im asiatisch-pazifischen Raum («ASEAN-Zentralität»). Für die dahingehende Zusammenarbeit bieten sich aus Sicht der ASEAN diverse Dialogformate an, in deren Zentrum sie steht.

Nebst den sogenannten «ASEAN+»-Gefässen umfasst dies insbesondere den jährlich stattfindenden *East Asia Summit* (EAS) und das auf Sicherheitsfragen fokussierte *ASEAN Regional Forum* (ARF; Grafik 4). Über bilaterale Dialogformate, einschliesslich der sektoriellen Dialogpartnerschaft mit der Schweiz (vgl. Kap. 4.1), bezieht die ASEAN weitere Akteure in die durch sie geschaffene regionale Architektur ein.



Grafik 4: ASEAN-zentrierte multilaterale Formate (Quelle: EDA).

Trotz diverser Herausforderungen steht die ASEAN für eine **Erfolgsgeschichte**. In einer durch grosse Vielfalt geprägten Region ist es ihr gelungen, eine Kultur des Dialogs und der Zusammenarbeit zu etablieren, die auf dem asiatischen Kontinent ihresgleichen sucht. Bewaffnete Konflikte zwischen den Ländern Südostasiens, wie sie noch während des Kalten Krieges stattgefunden hatten, sind heute nur schwer vorstellbar. Dabei pflegt die ASEAN ihren eigenen, als «ASEAN-Weg» bezeichneten politischen Stil: Beschlüsse

werden einstimmig gefasst, und die Organisation mischt sich nicht in innere Angelegenheiten ein. Souveränität und kulturelle Eigenheiten der Mitgliedsländer bleiben dadurch gewahrt. Gleichzeitig schränkt dieser Ansatz die Handlungsfähigkeit der ASEAN als globale Akteurin ein, weil er die Organisation anfällig für interne Blockaden macht. Auch einer weitergehenden Integration, wie sie die Mitgliedsländer grundsätzlich anstreben, sind auf diese Weise Grenzen gesetzt.

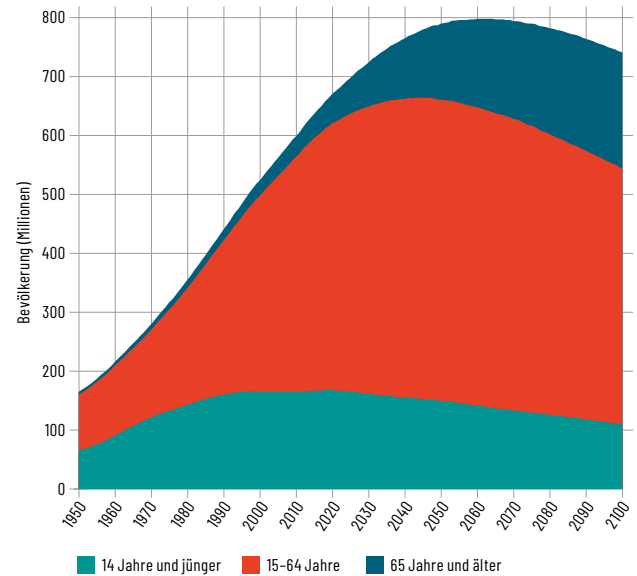
## 2.2 Regionale Trends

### Demografie

Mit rund **680 Millionen Menschen** beherbergt Südostasien 9% der Weltbevölkerung.<sup>8</sup> Das aktuelle Bevölkerungswachstum dürfte sich Prognosen zufolge um 2060 bei rund 800 Millionen stabilisieren (Grafik 5). Damit befindet sich Südostasien heute in einer fortgeschrittenen Phase der demografischen Transition hin zu einer Gesellschaft mit tiefen Sterbe- und Geburtenraten, wie sie die hochentwickelten Industrienationen aufweisen. Der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird über die kommenden Jahrzehnte vergleichsweise hoch sein, was sich als «demografische Dividende» positiv auf die Wirtschaftsentwicklung auswirken dürfte. Vorausgesetzt ist dabei, dass künftigen Generationen dank ausreichender Bildung eine produktive Teilnahme am Arbeitsmarkt ermöglicht wird.

Die Bevölkerung Südostasiens zeichnet sich durch ihre **kulturelle Vielfalt** aus. Dies ist unter anderem geografisch bedingt: Die Region erstreckt sich über mehr als 6'000 Kilometer und umfasst Tausende Inseln. Auch aus historischer Sicht bestehen nur beschränkt verbindende Elemente. Zwar waren beinahe alle südostasiatischen Länder vom Kolonialismus betroffen, aufgrund der Vielzahl der Kolonialmächte hinterliess dies jedoch keine einheitliche kulturelle Prägung. Mit dem Islam (ca. 280 Millionen), dem Buddhismus (ca. 160 Millionen) und dem Christentum (ca. 150 Millionen) sind in Südostasien gleich drei Weltreligionen mit grossen Glaubensgemeinschaften vertreten.<sup>9</sup> Daneben wird eine Vielzahl weiterer Religionen praktiziert. Auch die sprachliche Diversität ist mit über 1200 im Alltag verwendeten Sprachen hoch.

Die Vielfalt Südostasiens erstreckt sich auch auf die einzelnen Länder. Nahezu überall leben zahlenmässig bedeutsame **ethnische Minderheiten**. Nebst indigenen Bevölkerungsgruppen umfassen diese auch Zugewanderte aus China und dem indischen Subkontinent. Ihre ethnische Vielfalt bedeutet für die Länder Südostasiens eine stetige Herausforderung und ist nicht selten Ursache politischer Spannungen. Bewaffnete Konflikte in der Region haben praktisch ausnahmslos eine gewichtige ethnische Komponente.



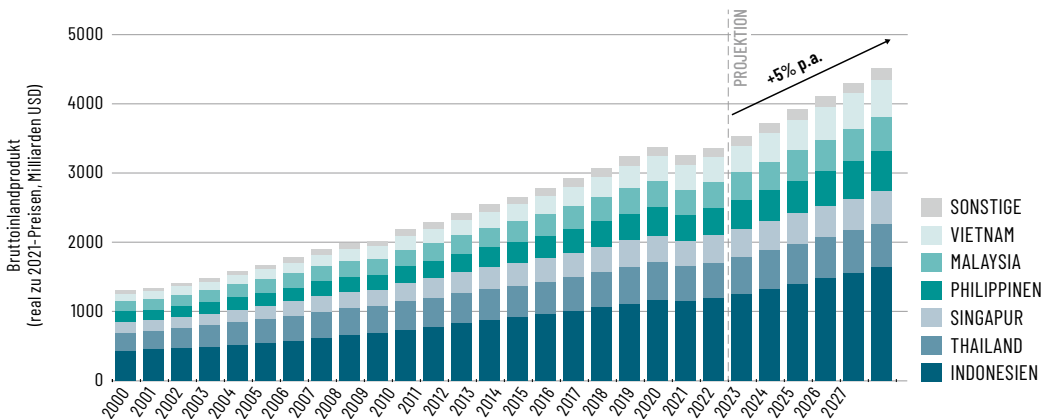
Grafik 5: Demografische Entwicklung in Südostasien, 1950–2100 (Quelle: [UNDESA](#)).

<sup>8</sup> United Nations Department of Economic and Social Affairs (UNDESA), [World Population Prospects](#), 2022.

<sup>9</sup> CIA, [The World Factbook](#), 2022.

## Wirtschaft

Die ASEAN-Länder bilden zusammen nach China und Japan den **drittgrössten Wirtschaftsraum in Asien**. Mit einem kumulierten Bruttoinlandprodukt (BIP) von 3350 Milliarden US-Dollar (2021) tragen sie 4% zur globalen Wirtschaftsleistung bei.<sup>10</sup> Seit 2000 hat sich das reale BIP der Region annähernd verdreifacht, und auch für die kommenden Jahre wird mit hohen Wachstumsraten gerechnet (Grafik 6). Dauern diese längerfristig an, könnte die südostasiatische Volkswirtschaft bis 2030 rund eineinhalb Mal so gross sein wie heute.



Grafik 6: Wirtschaftsleistung in Südostasien (Quelle: [IWF World Economic Outlook](#) <sup>10</sup>).

Wichtiger Treiber der Wachstumsdynamik war in den vergangenen zwei Jahrzehnten die zunehmende Integration in **globale Wertschöpfungsketten**. China, seit 2004 wichtigster Handelspartner Südostasiens, übte diesbezüglich eine besondere Zugkraft aus. Auch mit den westlichen Industrienationen hat die wirtschaftliche Vernetzung zugenommen. Die im Vergleich zu anderen Schwellenländern moderaten Lohnkosten kamen Südostasien dabei entgegen. In den kommenden Jahren könnte die Diversifizierung globaler Lieferketten, wie sie durch die Covid-19-Pandemie angestoßen wurde, die Attraktivität der Region als Produktionsstandort weiter erhöhen. Zugleich bergen die zunehmende geopolitische Konkurrenz der Grossmächte, das volatile internationale Umfeld und die gesunkenen Wachstumsprognosen für die chinesische Wirtschaft auch für Südostasien beträchtliche Risiken. Inwieweit die Region ihr Wachstumspotenzial wird ausschöpfen können, hängt stark von Faktoren ab, die sie nicht beeinflussen kann.

Der **Abbau von Handelsschranken** hat die Einbettung in globale Märkte begünstigt. Im Rahmen der ASEAN bestehen Freihandelsabkommen mit China (seit 2005), der Republik Korea (2007), Japan (2008), Indien (2010), Australien und Neuseeland (2010) sowie Hongkong (2019). Sie ergänzen eine Reihe bilateraler Abkommen auf Länderebene. Seit 2020 gehören die ASEAN-Länder zudem der umfassenden

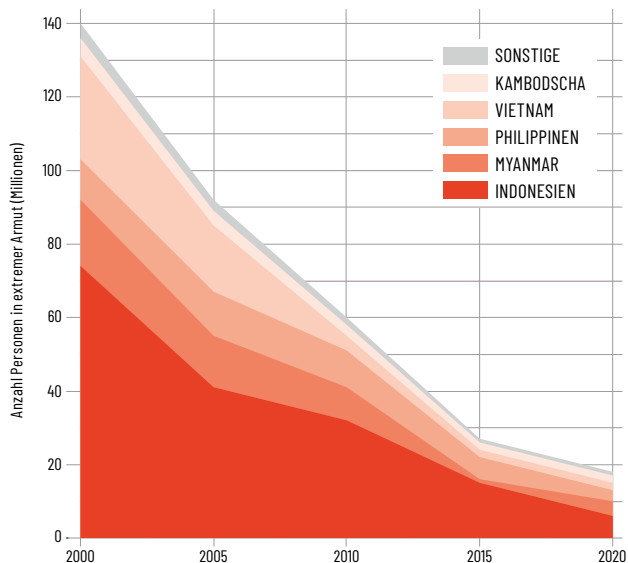
regionalen Wirtschaftspartnerschaft (*Regional Comprehensive Economic Partnership*, RCEP) an. Im Verbund mit China, Japan und weiteren Ländern des asiatisch-pazifischen Raums schafft diese die grösste Freihandelszone der Welt (rund 30% des globalen BIP). Malaysia, Singapur und Vietnam sind ausserdem Mitglieder der Neuauflage der transpazifischen Partnerschaft (*Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership*, CPTPP), die seit 2019 die Handel- und Investitionsbeziehungen zwischen diversen Pazifik-Anrainern vereinfacht. Brunei Darussalam hat die CPTPP ebenfalls unterzeichnet, jedoch noch nicht ratifiziert.

Die **Dynamik der Heimmärkte** trägt zur positiven Wirtschaftsentwicklung bei. Die südostasiatische Mittelschicht wächst rasant und ist zunehmend kaufkräftig. Hinzu kommt mit der Digitalisierung ein weiterer Wachstumstreiber. Die Kombination aus steigender Konsumnachfrage und vergleichsweise grosser, digital affiner Bevölkerung hat Südostasien zu einem lebendigen Markt für digitale Geschäftsmodelle werden lassen. Indonesien allein vereint über 200 Millionen Internetnutzerinnen und -nutzer und hat eine Reihe international erfolgreicher Technologieunternehmen hervorgebracht.

Der wirtschaftliche Aufschwung hat – auf die gesamte Region gesehen – einen bemerkenswerten **Rückgang der Armut** ermöglicht. Zwischen 2000 und 2020 ist die Zahl der Menschen, die mit weniger als 1.90 US-Dollar (kaufkraftbereinigt) pro Tag auskommen müssen, um annähernd 90%

<sup>10</sup> Internationaler Währungsfonds (IWF), [IWF World Economic Outlook](#) <sup>10</sup>, Oktober 2022.

zurückgegangen (Grafik 7). Damit einher ging eine Verbesserung der Lebensstandards: Der Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung konnte deutlich ausgebaut werden. Die Kindersterblichkeit hat sich seit 2000 halbiert,<sup>11</sup> während die Lebenserwartung auf den globalen Durchschnitt (73 Jahre) angestiegen ist.<sup>12</sup>

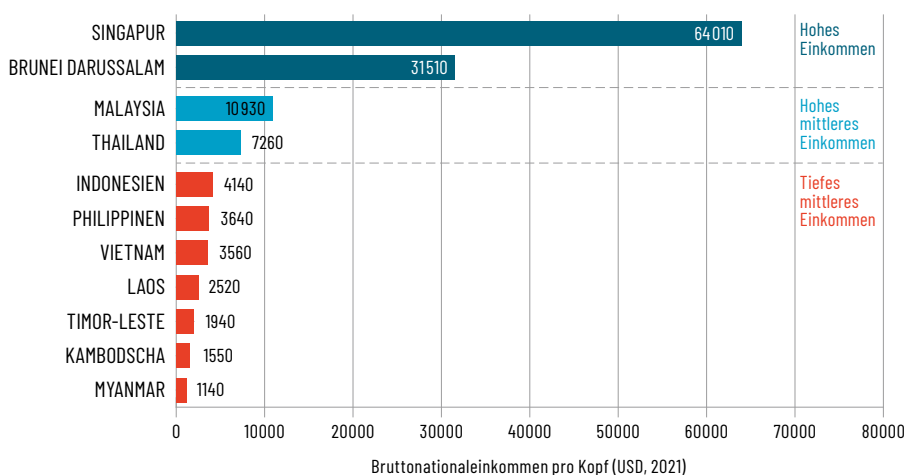


Grafik 7: Extreme Armut in Südostasien (Quellen: [Weltbank](#) & [UNDP](#)).

bis heute von der Subsistenzlandwirtschaft. Auch innerhalb der einzelnen Länder bestehen teilweise signifikante Einkommensunterschiede, wobei ethnische Minderheiten überproportional stark von Armut betroffen sind. Eine wirtschaftliche Benachteiligung erfahren auch die Frauen, die etwa beim Bildungsniveau oder bei der Erwerbsbeteiligung teilweise deutlich hinter den Männern zurückliegen.

Südostasien steht damit weiterhin vor gewichtigen **Entwicklungsherausforderungen**. Die Covid-19-Pandemie hat aufgezeigt, dass die erzielten Fortschritte fragil sind. Millionen von Menschen sind zeitweise zurück in die Armut gefallen, wobei der hohe Beschäftigungsgrad im informellen Sektor die Unsicherheit verstärkt hat. Der Ukraine-Krieg hat ferner zu einer teilweise gravierenden Verschlechterung der Versorgungslage geführt. Nachholbedarf besteht insbesondere im Bildungsbereich, wo ein digitalisiertes Wirtschaftsumfeld neue Anforderungen an die beruflichen Fähigkeiten stellt. Eine grosse Lücke zeigt sich auch bei der Infrastruktur: Überlastete Strassen, eine lückenhafte Energieversorgung und eine teilweise veraltete Kommunikationsinfrastruktur verursachen wirtschaftliche und gesellschaftliche Kosten. Ohne die Bewältigung dieser und weiterer Herausforderungen droht Südostasien die bei Schwellenländern zuweilen auftretende Wachstumsfalle (*Middle-income trap*). Nach ersten Entwicklungserfolgen tritt dabei eine Stagnation ein, weil trotz allmählich steigender Produktionskosten die internationale Wettbewerbsfähigkeit begrenzt bleibt.

Dieser Trend ist jedoch keineswegs flächendeckend. Insbesondere Kambodscha, Laos, Myanmar und Timor-Leste konnten trotz Fortschritten bei der Armutsbekämpfung keine vergleichbare Entwicklung vollziehen. Insgesamt ergibt sich dadurch das Bild eines **ausgeprägten Wohlstandsgefälles** zwischen den einzelnen Ländern Südostasiens (Grafik 8).<sup>13</sup> Dieses schlägt sich auch in der Wirtschaftsstruktur nieder. Während beispielsweise Singapur eine moderne Dienstleistungsmetropole ist, lebt die Mehrheit der Menschen in Laos

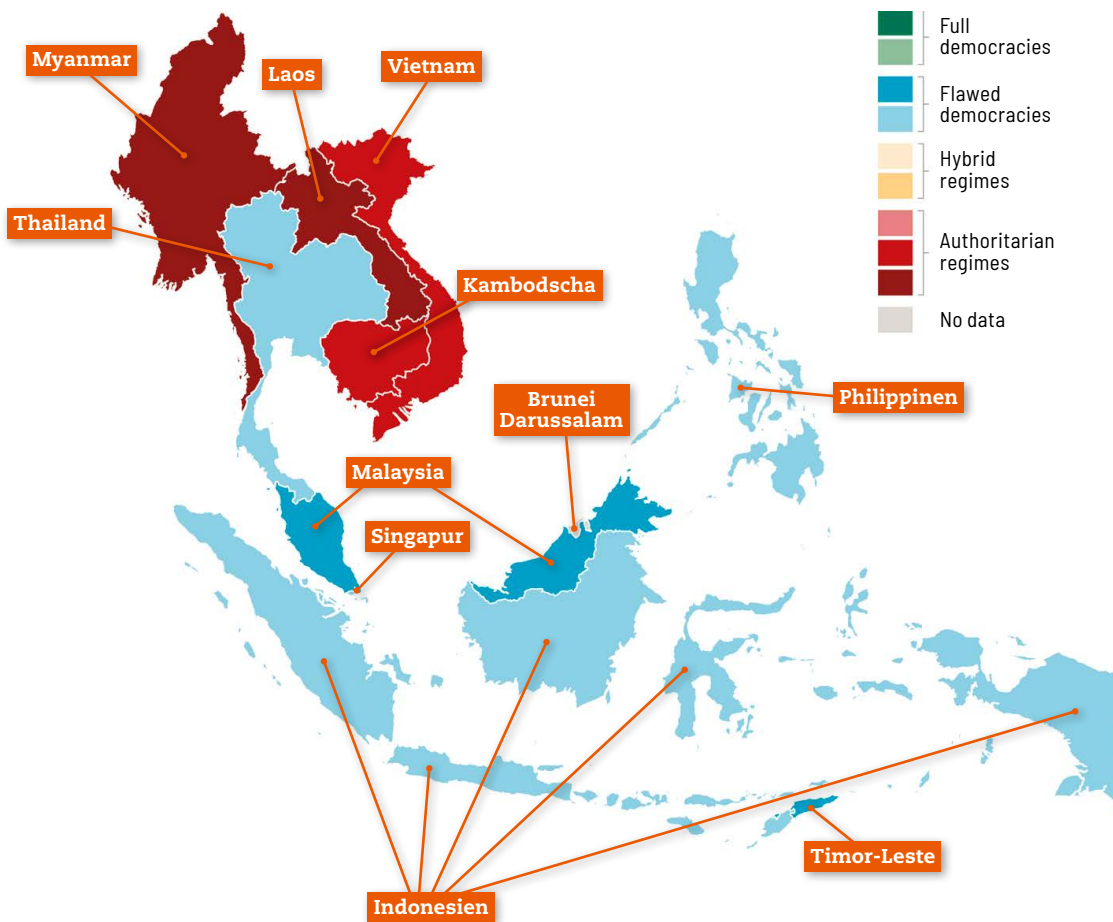


Grafik 8: Einkommen pro Kopf und Klassifizierung nach Einkommenskategorie (Quelle: [Weltbank](#)).

11 Weltbank, [World Development Indicators](#) (Mortality rate, under-5), 2021.

12 Weltbank, [World Development Indicators](#) (Life expectancy at birth), 2021.

13 Weltbank, [World Development Indicators](#) (GNI per capita, Atlas method), 2021.



Grafik 9: Regierungsformen in Südostasien (Quelle: EIU, 2021).

## Gouvernanz

Mehrere südostasiatische Länder haben in den vergangenen Jahrzehnten eine bemerkenswerte Demokratisierung vollzogen. Dazu gehört Indonesien, das sich seit dem Ende der Diktatur (1998) innerhalb kurzer Zeit zu einer der bevölkerungsreichsten Demokratien weltweit gewandelt hat. Andere Länder bleiben dagegen autokratisch geprägt. Entsprechend weist Südostasien heute eine grosse Bandbreite **unterschiedlicher Regierungsformen** auf (Grafik 9). Demokratiedefizite reichen von Einschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit bis hin zur gewaltsamen Unterdrückung der Opposition. In den letzten Jahren waren dabei auch bei demokratisch geprägten Ländern verstärkt autoritäre Tendenzen zu beobachten.

Dieser Trend ist vor dem Hintergrund eines zum Westen **alternativen Entwicklungs- und Gouvernanzmodells** chinesischer Prägung zu sehen. Stabilität und wirtschaftlicher Fortschritt werden darin höher gewichtet als demokratische Legitimität. Die Schwierigkeiten einzelner westlicher Demokratien, interne Blockaden zu überwinden, haben die vermeintliche Attraktivität dieses Ansatzes zusätzlich gestärkt. Für eine Mehrheit der politischen Eliten in Südostasien hat der demokratische Westen heute keinen Modellcharakter mehr. Anders verhält es sich mit Teilen der Bevölkerung:

Strassenproteste für mehr Demokratie, oftmals angeführt von jungen Menschen, fanden in den letzten Jahren in diversen Ländern statt.

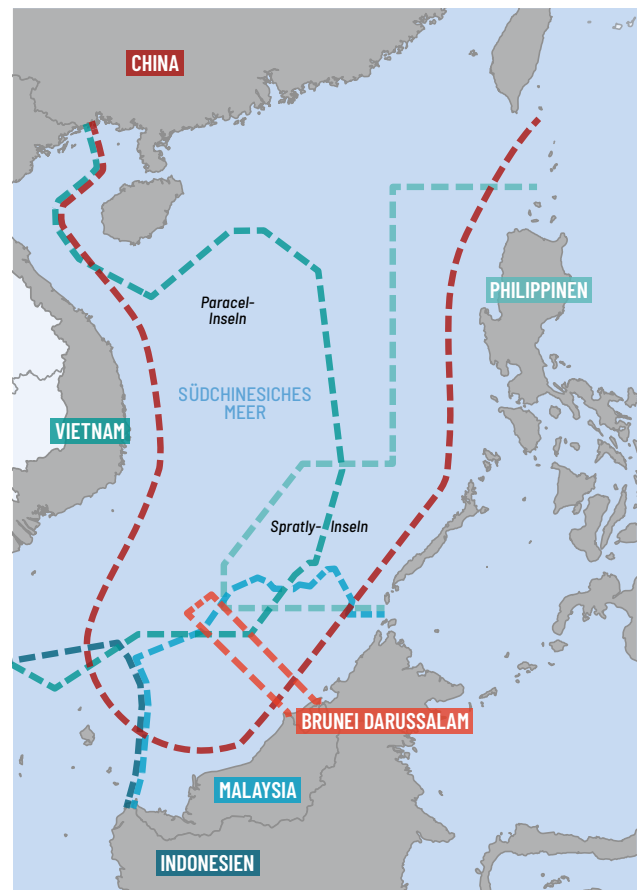
Die negative Tendenz gilt auch für die **Menschenrechte** im Allgemeinen. Der Raum für zivilgesellschaftliches Engagement hat in den letzten Jahren neue Einschränkungen erfahren. Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger werden in diversen Ländern verfolgt, riskieren Gefängnisstrafen oder müssen gar um ihr Leben fürchten. Auch Angehörige ethnischer und religiöser Minderheiten werden vielerorts diskriminiert und verfolgt. Online- und soziale Medien werden vermehrt überwacht und regierungskritische Äusserungen geahndet, oftmals unter dem Vorwand der Bekämpfung von Falschnachrichten. Eine Mehrheit der Länder Südostasiens kennt ausserdem die Todesstrafe. Hinzu kommen zahlreiche aussergerichtliche Hinrichtungen, vornehmlich im Rahmen der Drogenpolitik auf den Philippinen oder als Folge der Repressionen in Myanmar. Erfreulich ist die Entwicklung demgegenüber im Bereich der menschenrechtlichen Verantwortung von Unternehmen, wo diverse südostasiatische Länder Massnahmen zur Umsetzung der entsprechenden UNO-Prinzipien eingeleitet haben.

## Sicherheit

Südostasien befindet sich in einem **angespannten Sicherheitsumfeld**. China modernisiert seine Streitkräfte, baut seine Fähigkeiten zur Machtprojektion aus und vertritt seine Sicherheitsinteressen zunehmend selbstbewusst. Gleichzeitig stärken die USA ihre militärische Präsenz im Raum Asien-Pazifik und vertiefen ihre Bündnisse mit regionalen Partnern. In diesem Spannungsfeld ist die Definition gemeinsamer Positionen in Sicherheitsfragen für die Länder Südostasiens eine Herausforderung. Die Rolle der ASEAN und ihrer Mitglieder in der asiatisch-pazifischen Sicherheitsarchitektur bleibt auf diese Weise beschränkt. Innerhalb Südostasiens bestehen zudem nur begrenzt regionale Mechanismen oder Foren für die Konfliktbewältigung.

Die gestiegenen Spannungen manifestieren sich insbesondere im **Südchinesischen Meer**. Dort überschneiden sich die Gebietsansprüche Chinas mit denjenigen Brunei Darussalams, Indonesiens, Malaysias, der Philippinen und Vietnams. Auch zwischen den südostasiatischen Ländern untereinander bestehen teilweise unvereinbare Souveränitätsansprüche (Grafik 10). Mit dem Bau künstlicher Inseln und militärischer Anlagen auf dem Gebiet der Paracel- und Spratly-Inseln hat China seine Auslegung der Hoheitsgrenzen unterstrichen. Dessen ungeachtet kam ein internationales Schiedsverfahren 2016 zum Schluss, dass die maritimen Gebietsansprüche Chinas gegenüber den Philippinen mit dem internationalen Recht unvereinbar sind. Die seit 2002 laufenden Verhandlungen über einen Verhaltenskodex zwischen den ASEAN-Mitgliedern und China, der zur Stabilität im Südchinesischen Meer beitragen soll, kommen nur schleppend voran. Unterdessen ereignen sich regelmässige Zwischenfälle in den umstrittenen Seegebieten, zumeist zwischen Booten der Küstenwachen und zivilen Flotten.

Auch mehrere **interne Konflikte** prägen die Sicherheitslage in Südostasien. Besonders angespannt ist die Situation in Myanmar, wo langjährige bewaffnete Konflikte zwischen Regierungstruppen und diversen ethnischen Minderheiten bis heute regelmässig aufflammen. Nach dem Militärputsch von 2021 hat sich die Lage weiter verschärft. In Indonesien (Westpapua) und Thailand (südliche Provinzen) schwelen weitere langjährige Konflikte mit vergleichsweise tiefer Intensität. Separatistische Bestrebungen überlagern sich dabei teilweise mit islamistisch motiviertem, gewalttätigem Extremismus. Ein ähnliches Bild zeigt sich auf den Philippinen (Bangsamoro), wo die Lage trotz dem 2014 unterzeichneten Friedensabkommen fragil bleibt. In Kambodscha, Laos, Myanmar, Thailand und Vietnam leidet die Bevölkerung zudem unter der Kontamination mit Landminen und anderen Kampfmitteln.



Grafik 10: Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer (Quelle: VBS/EDA).

Beinahe die Hälfte der weltweiten **Piraterie**-Fälle fanden zwischen 2012 und 2020 in Südostasien statt.<sup>14</sup> Die Strasse von Malakka, durch die rund ein Drittel des Welthandels passiert, ist dieser Bedrohung besonders ausgesetzt. In den letzten Jahren war dank erhöhter Patrouillentätigkeit und verbesserter Sicherung der Handelsschiffe ein Rückgang der Piraterie-Fälle zu beobachten. Das Problem dürfte jedoch so lange weiterbestehen, wie mangelnde wirtschaftliche Perspektiven die Piraterie als vergleichsweise lukratives Geschäft erscheinen lassen.

14 International Maritime Organization (IMO), [Reports on acts of piracy and armed robbery against ships](#), April 2021.



## Ökologie

Kaum eine andere Weltregion ist stärker vom **Klimawandel** betroffen als Südostasien. Rund 100 Millionen Menschen leben in Küstengebieten<sup>15</sup> und sind damit besonders verwundbar für Naturgefahren, die durch den Klimawandel verursacht oder verstärkt werden. Tropische Wirbelstürme nehmen bereits heute spürbar an Häufigkeit und Intensität zu. Der prognostizierte Anstieg des Meeresspiegels wird kostspielige Schutzmassnahmen erfordern, um regelmässige Überflutungen weiträumiger Siedlungsgebiete zu verhindern. Die zunehmende Wasserknappheit erschwert die Landwirtschaft und beeinträchtigt die Ernährungssicherheit, wodurch soziale Ungleichheiten verschärft werden.

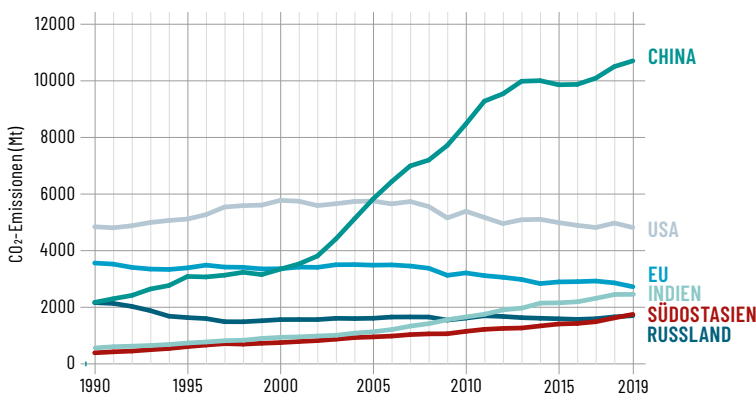
Mit der hohen Anfälligkeit für **Naturkatastrophen** verstärkt der Klimawandel ein in Südostasien seit langem bekanntes Problem. Aufgrund ihrer Lage auf dem pazifischen Feuerring wird die Region seit jeher von Erdbeben, Vulkanausbrüchen und Flutwellen heimgesucht. Allein der Tsunami, der 2004 vor der Küste der indonesischen Insel Sumatra seinen Ursprung hatte, forderte rund 230 000 Menschenleben. Zu diesen tektonischen Risiken kommt mit dem Klimawandel die steigende Gefahr extremer Wetterereignisse hinzu. Damit wird der Bedarf an humanitärer Hilfe weiter zunehmen. Auch Massnahmen zur längerfristigen Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegen Naturkatastrophen werden zunehmend dringlich.

Ungeachtet der Folgen geniesst der **Klimaschutz** in Südostasien nur begrenzte Priorität. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen nehmen weiter stark zu. Mit rund 5% des globalen Ausstosses befinden sich die südostasiatischen Länder zusammengekommen heute unter den grössten Emittenten weltweit (Grafik 11). Hauptverantwortlich hierfür ist der hohe Anteil der fossilen Brennstoffe am Energiemix.<sup>16</sup> Der Ausbau der Kohlekraft, der mit Abstand wichtigste Energiequelle für die Stromerzeugung in Südostasien, schreitet dabei weiter

voran. Die Kapazität der südostasiatischen Kohlekraftwerke könnte sich Prognosen zufolge bis 2035 gar verdoppeln.<sup>17</sup> Die Wasserkraft als emissionsfreie Alternative birgt ihrerseits Risiken, weil der zunehmende Druck auf die Wasserressourcen aufgrund des Klimawandels deren langfristige Verfügbarkeit infrage stellt.

Südostasien verfügt nach dem Amazonas und Zentralafrika über die weltweit drittgrösste Fläche tropischen **Regenwaldes**. Dieser beherbergt eine hohe Artenvielfalt und spielt eine zentrale Rolle im globalen Kohlenstoffkreislauf. Dessen ungeachtet schreitet seine Abholzung weiter voran. Dafür verantwortlich ist in erster Linie die Gewinnung von Flächen für die Agrarwirtschaft, einschliesslich für die Produktion von Palmöl. Die grössten Rückgänge der Waldbestände verzeichnen Indonesien und Malaysia, auf deren Gebiet sich rund drei Viertel der naturbelassenen Waldes in Südostasien befinden.<sup>18</sup> Diverse Schutzmassnahmen konnten jüngst eine Verlangsamung der Abholzung bewirken. Dazu gehört die Förderung einer nachhaltigen Agrarproduktion, deren Anbaugebiete sich auf bereits verfügbare Flächen beschränken.

Der Druck auf die **Wasserressourcen** nimmt auch in Südostasien zu. Der Pegelstand des Mekong-Flusses, der Millionen Menschen in Kambodscha, Laos, Myanmar, Thailand und Vietnam als Lebensader dient, ist vermehrt Schwankungen unterworfen. Dies führt zu Trinkwasserknappheit, abnehmenden Fischbeständen, landwirtschaftlichen Dürren und zur Verunreinigung des Flussdeltas mit Salzwasser. Nebst verändertem Niederschlagsmuster aufgrund des Klimawandels ist auch der Bau zahlreicher Staudämme im oberen, chinesischen Teil des Flusses für diese Entwicklung mitverantwortlich.



Grafik 11: CO<sub>2</sub>-Emissionen im globalen Vergleich (Quelle: [Weltbank](#)).

15 Socioeconomic Data and Applications Center (SEDAC), [National aggregates of geospatial data collection](#), 2022.

16 International Energy Agency (IEA), [Countries and regions](#), 2020.

17 ASEAN, [The 6th ASEAN Energy Outlook](#) (Installed capacity by fuel, Baseline scenario), November 2020.

18 Global Forest Watch, [Primary forest](#), 2021.

Südostasien hat ausserdem wesentlichen Anteil an der **Verschmutzung der Meere**. Schätzungen zufolge kommt mehr als die Hälfte der in die Weltmeere gelangenden Abfälle aus der Region.<sup>19</sup> Mitverantwortlich hierfür ist die Rolle Südostasiens als grösster Importmarkt im globalen Handel mit Plastikabfällen. Unzureichende Kapazitäten zur Wiederverwertung und unsachgemäss angelegte Deponien führen dazu, dass ein Teil dieser Abfälle ins Meer gespült wird.

## Migration

Die Migration ist in Südostasien in erster Linie ein Wirtschaftsfaktor. Rund 20 Millionen **Arbeitsmigrantinnen und -migranten**<sup>20</sup> unterstützen ihre südostasiatischen Heimatländer mit Geldtransfers im Wert von 3% der Wirtschaftsleistung.<sup>21</sup> Dies übersteigt die in die Region fliessende Entwicklungshilfe um ein Vielfaches. Auf den Philippinen, gemessen an der Grösse der Diaspora eines der wichtigsten Auswanderungsländer weltweit, machen die Überweisungen gar 10% des BIP aus. Schattenseite der Arbeitsmigration sind die teilweise menschenunwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen in den Gastländern. Auch Zwangsarbeit und Menschenhandel sind weiterhin Realität, begünstigt durch den hohen Anteil der irregulären Migration.

Weitere rund 1,5 Millionen Menschen aus Südostasien leben als **politisch Vertriebene** in anderen Ländern.<sup>22</sup> Die überwiegende Mehrheit stammt aus Myanmar, wo langjährige bewaffnete Konflikte und ethnische Gewalt die Menschen in die Flucht treiben. Knapp eine Million Angehörige der muslimischen Minderheit der Rohingya lebt seit 2017 unter teilweise prekären Bedingungen im benachbarten Bangladesch. In der Nähe der Stadt Cox's Bazar ist dort das weltweit grösste Flüchtlingslager entstanden. Weitere rund 900 000 Menschen aus Myanmar leben teilweise schon seit Jahrzehnten als Binnenflüchtlinge im eigenen Land. Der Militärputsch von 2021 und die darauffolgende Gewalt haben zu neuerlichen Migrationsbewegungen geführt.

Die Flucht vor den **Auswirkungen des Klimawandels** gewinnt als Migrationsgrund auch in Südostasien an Bedeutung. Jedes Jahr verlassen mehrere Millionen Menschen vorübergehend ihr Zuhause, um sich vor Naturkatastrophen in Sicherheit zu bringen.<sup>23</sup> Die Philippinen sind aufgrund der häufigen Wirbelstürme das am meisten betroffene Land. Auch in Indonesien und Myanmar finden katastrophenbedingte Vertreibungen in grossem Ausmass statt. Mit dem Fortschreiten des Klimawandels sind zunehmend auch dauerhafte Migrationsbewegungen zu erwarten, weil heutige Siedlungsgebiete aufgrund extremer Wetterereignisse langfristig unbewohnbar werden könnten.

---

19 Lourens Meijer et al., [More than 1000 rivers account for 80% of global riverine plastic emissions into the ocean](#), Science Advances, April 2021.

20 United Nations Department of Economic and Social Affairs (UNDESA), [International migrant stock, 2020](#).

21 Weltbank, [World Development Indicators](#) (Personal remittances received), 2021.

---

22 United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR), [Refugee data finder](#), 2021.

23 Center for Strategic and International Studies (CSIS), [Southeast Asia's coming climate crisis](#), Mai 2022.

# 3 Schweizer Interessenlage

Die Schweizer Aussenpolitik trägt dem Wandel des geopolitischen Umfelds Rechnung. Sie anerkennt die Verschiebung des globalen Machtgefüges hin zum asiatisch-pazifischen Raum und die Rolle Südostasiens in dieser Entwicklung. In den Jahren 2023 bis 2026 möchte die Schweiz ihre Beziehungen zu Südostasien deshalb weiter festigen und mit Blick auf die **Herausforderungen der Zukunft** gezielt vertiefen. Damit trägt die Schweiz zur Diversifizierung ihrer Aussenpolitik bei. Sie nutzt die durch den Aufstieg Asien-Pazifiks entstehenden Chancen, vermeidet jedoch eine einseitige Fokussierung auf einzelne Akteure in dieser Weltregion.

Die Schweiz genießt in Südostasien einen **ausgezeichneten Ruf**, den sie ihrer Innovationskraft, ihrer Wettbewerbsfähigkeit, ihrem Engagement im Entwicklungs- und humanitären Bereich und ihrer Vertrauenswürdigkeit als internationale

Akteurin zu verdanken hat. Auf dieser Grundlage ist auch für die Länder Südostasiens eine weitere Vertiefung der Beziehungen erstrebenswert. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Einflussnahme durch die Grossmächte China und USA möchte Südostasien seine Unabhängigkeit bewahren und seinen ausserpolitischen Handlungsspielraum erweitern. Damit steigt auch das Interesse an der Zusammenarbeit mit Ländern wie die Schweiz, die sich im geopolitischen Spannungsfeld eigenständig positionieren wollen.

Grundlage der Schweizer Aussenpolitik in Südostasien sind die Interessen und Werte, wie sie die Bundesverfassung vorgibt. Die APS 2020–2023 definiert zudem **vier thematische Schwerpunkte**, an denen sich auch die vorliegende Strategie ausrichtet: Frieden und Sicherheit, Wohlstand, Nachhaltigkeit und Digitalisierung.

## 3.1 Frieden und Sicherheit

Ungeachtet der geografischen Distanz liegen Frieden und Sicherheit in Südostasien auch im Interesse der Schweiz. Eine **stabile Sicherheitslage** bildet das Fundament für ein Leben ohne Not und für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Region. Ein möglicher Konflikt entlang zentraler Schifffahrtsrouten, beispielsweise im Südchinesischen Meer, hätte zudem beträchtliche Auswirkungen auf die globalen Lieferketten und damit auf die Versorgungslage. Die Schweiz trägt mit den ihr zur Verfügung stehenden Instrumenten zur Vorbeugung, Linderung, Lösung und Aufarbeitung bewaffneter Konflikte in Südostasien bei. Dies beinhaltet die Bestrebungen im Rahmen der Guten Dienste, die Leistung humanitärer Hilfe, den Einsatz für die Einhaltung des humanitären Völkerrechts und die Unterstützung bei der Vergangenheitsbewältigung. Auch die Förderung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und einer guten Regierungsführung tragen zu einer friedlichen Entwicklung bei.

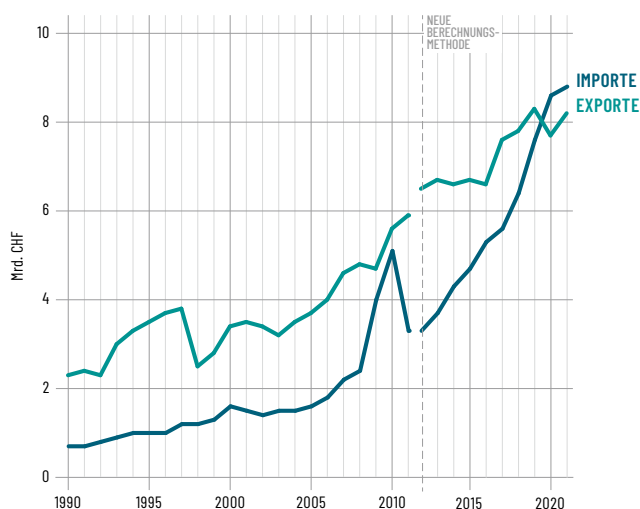
Besonderes Augenmerk gilt in Südostasien den **Menschenrechten**. Im Rahmen ihrer Menschenrechtsdiplomatie setzt sich die Schweiz insbesondere für das Recht auf freie Meinungsäusserung, für die Abschaffung der Todesstrafe,

für die Verhütung von Folter und für den Schutz ethnischer und religiöser Minderheiten ein. Nebst den hochrangigen Kontakten kommt dabei den Vertretungen vor Ort eine zentrale Rolle zu. Sie thematisieren die Menschenrechte regelmässig mit ihren Gaststaaten, arbeiten mit der lokalen Zivilgesellschaft zusammen und unterstützen staatliche Behörden bei internen Reformen. Auch auf multilateraler Ebene, etwa im Rahmen des UNO-Menschenrechtsrats, setzt sich die Schweiz für die Achtung der Menschenrechte in der Region ein.

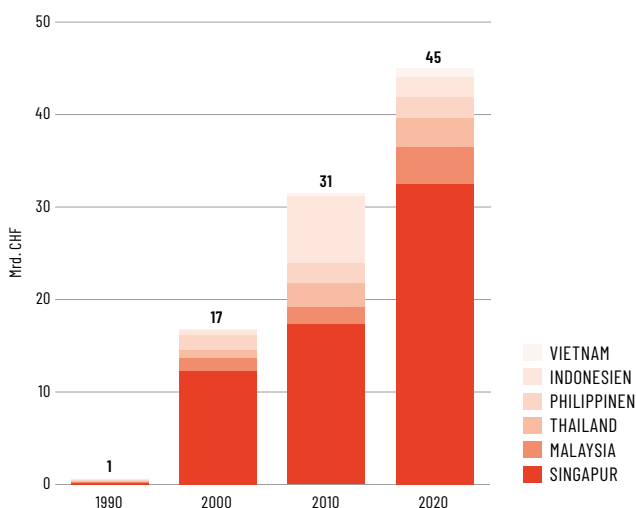
Eine überwiegende Mehrheit der südostasiatischen Länder teilt das Schweizer Interesse an der Einhaltung des Völkerrechts und an wirkungsvollen multilateralen Organisationen. Sie sind deshalb natürliche Partner für Initiativen zur **Stärkung des Multilateralismus**. Der Schweizer Einsitz im UNO-Sicherheitsrat in den Jahren 2023 und 2024 bietet Gelegenheit, die diesbezügliche Zusammenarbeit zu vertiefen. Im Rahmen ihrer sektoriellen Dialogpartnerschaft mit der ASEAN (vgl. Kap. 4.1) trägt die Schweiz auch weiterhin zur Stärkung dieser regionalen Organisation bei.

## 3.2 Wohlstand

Die **wirtschaftliche Bedeutung** Südostasiens für die Schweiz nimmt stetig zu. Das Handelsvolumen mit den Ländern der Region hat sich über die vergangenen Jahrzehnte vervielfacht (Grafik 12).<sup>24</sup> Der Anteil Südostasiens am Schweizer Aussenhandel beträgt heute 4%, gegenüber 2% im Jahr 2000. Bei den Direktinvestitionen zeigt sich ein ähnliches Bild, wobei Singapur als Zielland heraussticht (Grafik 13). Rund ein Drittel des Schweizer Kapitalbestands in Asien ist in Südostasien investiert.



Grafik 12: Bilateraler Handel mit Südostasien (ohne Edelmetalle, Edel- und Schmucksteine; Quelle: [BAZG](#)).



Grafik 13: Bestand der Schweizer Direktinvestitionen in Südostasien (wichtigste Länder; Quelle: [SNB](#)).

Um das wachsende Wirtschaftspotenzial auch in Zukunft zu erschliessen, sind die Schweizer Unternehmen auf **gute Rahmenbedingungen** angewiesen. Entsprechend strebt die Schweiz eine weitere Verbesserung des Marktzugangs mittels Freihandelsabkommen an. Nebst den bestehenden Vereinbarungen mit Indonesien, den Philippinen und Singapur arbeitet sie im Verbund mit den EFTA-Partnern auf Abkommen mit Malaysia, Thailand und Vietnam hin (Grafik 14). Die Schweizer Botschaften, die in die Botschaften integrierten Business Hubs und die Handelskammern setzen sich vor Ort für die Interessen der Schweizer Wirtschaft ein, wobei die Koordination zwischen den diversen Akteuren der Handelsdiplomatie und der Exportförderung im Sinne des «Team Switzerland»-Ansatzes weiter gestärkt wird. Ein Schwerpunkt der Exportförderung wird in den kommenden Jahren auf dem vereinfachten Zugang zu Infrastrukturprojekten für Schweizer Unternehmen liegen, besteht in Südostasien bei der Entwicklung der Infrastruktur doch erheblicher Nachholbedarf.

Die Schweiz engagiert sich für die Stärkung der **wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven** in den ärmeren Ländern Südostasiens (Grafik 15). Myanmar, Kambodscha und Laos sind Schwerpunktländer der DEZA.<sup>25</sup> Zentrales Anliegen der entsprechenden Kooperationsprogramme ist die Schaffung widerstandsfähiger und inklusiver Wirtschaftsstrukturen, etwa mittels einer verbesserten beruflichen Befähigung und Integration benachteiligter Bevölkerungsgruppen. In Indonesien und Vietnam, beides Schwerpunktländer der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit des SECO, liegt ein Fokus des Schweizer Engagements auf der Stärkung des Privatsektors.<sup>26</sup> Dies beinhaltet etwa die Förderung günstiger Rahmenbedingungen für private Investitionen, die Unterstützung bei der Diversifizierung von Wertschöpfungsketten und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU. Die Entwicklungszusammenarbeit auf multilateraler Ebene ergänzt die bilateralen Kooperationsprogramme.

Die Schweiz setzt sich ferner für Rahmenbedingungen ein, welche die Vertiefung der Zusammenarbeit mit Akteuren aus **Bildung, Forschung und Innovation** begünstigen. Sie pflegt in Abstimmung mit der Schweizer Forschungsgemeinschaft die bestehenden wissenschaftlichen Beziehungen und fördert Partnerschaften zwischen den Hochschulen der Schweiz und Südostasiens.

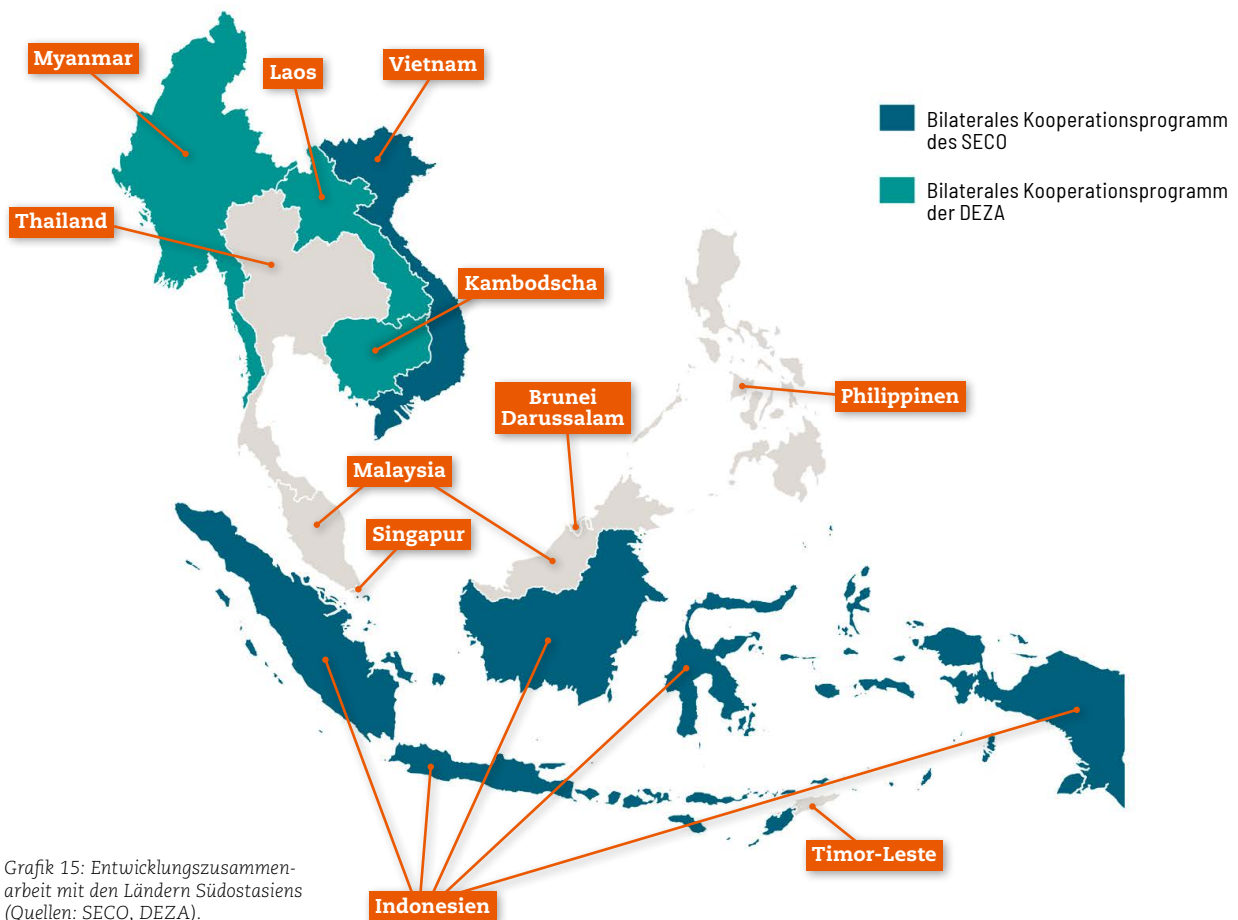
<sup>24</sup> Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG), [Swiss-Impex](#), 2021.

<sup>25</sup> Aktuelle Programme: [Kooperationsprogramm Myanmar 2019–2023](#); [Kooperationsprogramm Mekong-Region 2022–2025](#), (betreffend Kambodscha und Laos)

<sup>26</sup> Aktuelle Programme: [Kooperationsprogramm Indonesien 2021–2024](#); [Kooperationsprogramm Vietnam 2021–2024](#)



Grafik 14: Freihandelsabkommen mit den Ländern Südasiens (Quelle: SECO).



Grafik 15: Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern Südasiens (Quellen: SECO, DEZA).

## 3.3 Nachhaltigkeit

Im Rahmen der Agenda 2030 setzt sich die Schweiz für eine nachhaltige Entwicklung Südostasiens ein. Sie unterstützt die Bekämpfung des **Klimawandels**, indem sie beispielsweise eine nachhaltige, klimaschonende Städteplanung fördert. Besondere Bedeutung kommt im südostasiatischen Kontext auch der Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu. Das EDA unterhält ein Kompetenzzentrum in Bangkok, das auf die Verminderung von Katastrophenrisiken spezialisiert ist und die südostasiatischen Regierungen beim Umgang mit klimabedingten Gefahren berät. Ein weiterer Fokus der Entwicklungszusammenarbeit liegt auf der Förderung einer klimaresilienten Infrastruktur. Im Fall von Naturkatastrophen leistet die Schweiz auch in Zukunft humanitäre Hilfe.

Ein weiterer Schwerpunkt des Schweizer Engagements liegt auf der nachhaltigen Bewirtschaftung der **natürlichen Ressourcen**. Mit ihrer Entwicklungszusammenarbeit trägt die Schweiz zu einem nachhaltigen Wassermanagement bei und fördert die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in diesem Bereich. Sie unterstützt ebenso Massnahmen zur Förderung nachhaltiger Ernährungssysteme und für einen verbesserten Schutz der Wälder. Auch im Rahmen der Aussenwirtschaftspolitik trägt die Schweiz dem Ziel der Nachhaltigkeit Rechnung, indem sie etwa Anreize für eine ressourcenschonende Produktion setzt. Bei den angestrebten Freihandelsabkommen mit südostasiatischen Ländern ist für die Schweiz die Aufnahme verbindlicher Bestimmungen zu den handelsbezogenen Nachhaltigkeitsaspekten ein zentrales Anliegen.

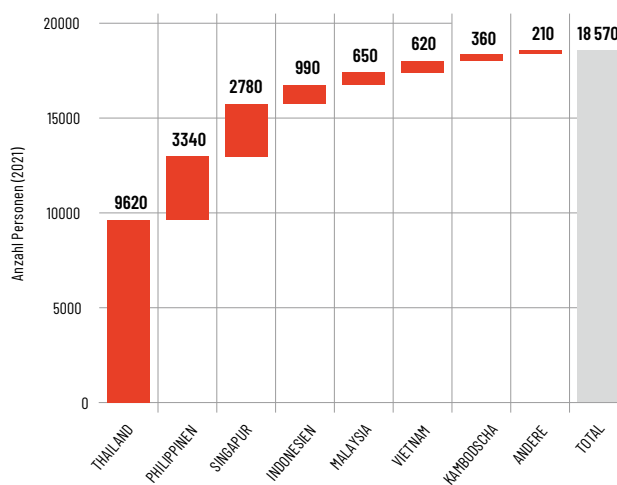
## 3.4 Digitalisierung

Südostasien gilt als aufstrebender Innovationsstandort für digitale Technologien. Wie die Schweiz möchte eine Mehrheit der Länder der Region einer regulatorischen Blockbildung im digitalen Raum entgegenwirken. Daraus ergeben sich Möglichkeiten der Zusammenarbeit, etwa bei der digitalen Gouvernanz oder bei der Erleichterung des digitalen Handels. Die Schweiz strebt den Aufbau **regelmässiger Dialoge** mit ausgewählten südostasiatischen Ländern zu diesen und weiteren Themen an. Auch die Cybersicherheit bietet Potenzial für einen vertieften Austausch. Dabei trägt die Schweiz dem Umstand Rechnung, dass die Digitalisierung

als Instrument für die Einschränkung individueller Freiheiten missbraucht werden kann. Digitale Technologien bergen ferner neue Möglichkeiten für die wissenschaftliche Zusammenarbeit (*Science Diplomacy*) und für die Förderung einer inklusiven und nachhaltigen Entwicklung.

## 3.5 Bürgerdienstleistungen

Ergänzend zu den vier thematischen Schwerpunkten der APS 2020–2023 kommt im südostasiatischen Kontext den Bürgerdienstleistungen eine wichtige Rolle zu. Rund 18 600 Schweizer Staatsangehörige leben in der Region, etwa die Hälfte davon in Thailand (Grafik 16).<sup>27</sup> Vor der Covid-19-Pandemie verzeichneten die ASEAN-Länder zudem rund eine halbe Million Grenzübertritte durch Reisende aus der Schweiz.<sup>28</sup> Umgekehrt erfreut sich die Schweiz auch bei Touristinnen und Touristen aus Südostasien grosser Beliebtheit. Die Schweiz wird ihren Bürgerinnen und Bürgern im Ausland auch in Zukunft eine **wirksame, bedarfsge-rechte Unterstützung** bieten. Dies beinhaltet den Ausbau des Dienstleistungsangebots über die digitalen Kanäle. Auch ein vertiefter Austausch mit den Gaststaaten über die konsularischen Angelegenheiten soll zur Optimierung der Lebens- und Aufenthaltsbedingungen der Schweizerinnen und Schweizer in Südostasien beitragen.



Grafik 16: Auslandschweizerinnen und -schweizer in Südostasien  
(Quelle: [BFS](#))

<sup>27</sup> Bundesamt für Statistik (Bfs), [Auslandschweizer/innen](#), 2021.

<sup>28</sup> ASEAN, [Visitors arrival dashboard](#), 2019.

# 4 Multilaterale Schwerpunkte

Die Schweiz setzt sich auf bilateraler und multilateraler Ebene für die Wahrnehmung ihrer Interessen in Südostasien ein. Das vorliegende Kapitel widmet sich der multilateralen Zusammenarbeit der Schweiz mit der Region. Die Beziehungen zur ASEAN stehen dabei im Vordergrund.

## 4.1 Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN)

Der Verband Südostasiatischer Nationen (*Association of Southeast Asian Nations*, ASEAN) ist die **vorrangige multilaterale Organisation** in Südostasien. Sie zählt mit der Ausnahme Timor-Lestes alle Länder der Region zu ihren Mitgliedern. Seit ihrer Gründung 1967 hat sich die ASEAN als zentrales Format für die regionale Zusammenarbeit in einer Vielzahl von Politikbereichen etabliert. Dies umfasst nebst der wirtschaftlichen Integration auch die Förderung von Frieden und Stabilität, die Verringerung des Wohlstandsgefälles zwischen den Mitgliedstaaten und die nachhaltige Entwicklung. Darüber hinaus versteht sich die ASEAN im Sinne der «ASEAN-Zentralität» als Plattform für die zwischenstaatliche Zusammenarbeit in der gesamten Raum Asien-Pazifik. Dialoggefässe wie die «ASEAN+»-Formate, der *East Asia Summit* (EAS) und das *ASEAN Regional Forum* (ARF) dienen diesem Bestreben (vgl. Kap. 2.1). Wie keine andere Institution ist die ASEAN damit imstande, die relevanten Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger sowohl für Südostasien als auch für den breiteren Raum Asien-Pazifik regelmässig an einen Tisch zu bringen.

Die Schweiz unterhält seit 2016 eine **sektorielle Dialogpartnerschaft** mit der ASEAN. Diese erlaubt es, aussenpolitische Prioritäten gegenüber Südostasien verstärkt auch auf multilateraler Ebene einzubringen. Als sektorielle Dialogpartnerin verfügt die Schweiz über privilegierten Zugang zu hochrangigen Treffen im Rahmen der ASEAN, etwa auf Stufe der Aussen- und Wirtschaftsministerinnen und -minister. Bestandteil der sektoriellen Dialogpartnerschaft ist auch die technische Zusammenarbeit, mit der die Schweiz zur Verringerung der Entwicklungsunterscheide zwischen den ASEAN-Ländern beiträgt. Sie unterstützt dabei Bestrebungen der ASEAN in den thematischen Schwerpunktbereichen Frieden

und Sicherheit, Wohlstand, Nachhaltigkeit und Digitalisierung, die mit ihren eigenen Interessen im Einklang stehen. Ein gemeinsam besetzter Steuerungsausschuss nimmt eine jährliche Bestandsaufnahme der Partnerschaft vor und setzt die Leitlinien für deren Weiterentwicklung.

Die **Eckwerte der Zusammenarbeit** für die kommenden Jahre sind in gemeinsam festgelegten Kooperationsbereichen (*Practical Cooperation Areas 2022–2026*) festgelegt. Zwecks Förderung von Frieden und Sicherheit unterstützt die Schweiz beispielsweise die *ASEAN Intergovernmental Commission on Human Rights* (AICHR), ein mit der Stärkung der Menschenrechte in Südostasien beauftragtes zwischenstaatliches Gremium. Im Bereich Wohlstand beinhaltet das Schweizer Engagement die Einbringung von Expertise zur Stärkung der Berufsbildung. Mit der Fortsetzung der wirtschaftlichen Integration der ASEAN könnten zudem handelspolitische Anliegen vermehrt auf regionaler Ebene eingebracht werden, etwa im Rahmen einer Zusammenarbeit zwischen der EFTA und der ASEAN. Auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit steht die Unterstützung der Bestrebungen der ASEAN beim Katastrophenmanagement, beim Klimaschutz, beim Erhalt der Biodiversität und hinsichtlich eines nachhaltigen Wassermanagements im Vordergrund. Im Bereich der Digitalisierung schliesslich strebt die Schweiz einen regelmässigen Dialog mit der ASEAN an und unterstützt den Kapazitätsaufbau zur Stärkung der Cybersicherheit in den südostasiatischen Ländern.



## Ziele und Massnahmen

- AN.A Die Schweiz unterstützt die ASEAN bei der **Förderung von Frieden und Sicherheit** in der Region.
- AN.A1 Beitrag an die Stärkung regionaler Strukturen und Kapazitäten zum Schutz der Menschenrechte.
  - AN.A2 Förderung des Erfahrungsaustauschs und des Kapazitätsaufbaus auf dem Gebiet der Friedenspolitik.
  - AN.A3 Beitrag zur Stärkung der regionalen Zusammenarbeit bei der Minenräumung.
- AN.B Die Schweiz und die ASEAN führen einen **politischen Austausch im Bereich Frieden und Sicherheit**.
- AN.B1 Fortsetzung des hochrangigen Dialogs zu welt- und regionalpolitischen Themen.
  - AN.B2 Förderung des Austauschs zu sicherheitspolitischen Themen im Rahmen der Mitgliedschaft der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat (2023/24).
- AN.C Die Schweiz setzt sich auf Ebene der ASEAN für **gute Rahmenbedingungen in den Wirtschaftsbeziehungen zu Südostasien ein**.
- AN.C1 Fortsetzung des hochrangigen Dialogs zu wirtschafts- und handelspolitischen Themen.
  - AN.C2 Abschluss einer gemeinsamen Erklärung über die Zusammenarbeit zwischen den EFTA- und den ASEAN-Staaten.
- AN.D Die Schweiz engagiert sich im Rahmen der ASEAN für die **Verringerung wirtschaftlicher Ungleichheiten zwischen und in den Ländern Südostasiens**.
- AN.D1 Beitrag zu Initiativen zur Stärkung der Berufsbildung in den ASEAN-Ländern.
  - AN.D2 Unterstützung der Bestrebungen der ASEAN für einen verbesserten Schutz von Arbeitsmigrantinnen und -migranten.
- AN.E Die Schweiz unterstützt die ASEAN bei der **Förderung einer nachhaltigen Entwicklung** in ihren Mitglieds-ländern.
- AN.E1 Beitrag zur Förderung der regionalen Zusammenarbeit beim Katastrophenmanagement.
  - AN.E2 Unterstützung der Bestrebungen der ASEAN in den Bereichen Klimaschutz und Biodiversität.
- AN.F Die Schweiz und die ASEAN bauen eine strukturierte Zusammenarbeit im Bereich der **Digitalisierung** auf.
- AN.F1 Etablierung eines regelmässigen Dialogs über die Digitalisierung.
  - AN.F2 Beitrag zum Kapazitätsaufbau der ASEAN im Bereich der Cybersicherheit.

## 4.2 Weitere multilaterale Formate

Parallel zur Zusammenarbeit mit der ASEAN beteiligt sich die Schweiz an einer Reihe weiterer multilateraler Formate, die für Südostasien von Bedeutung sind. Dazu gehört die 1966 gegründete **Asiatische Entwicklungsbank** (*Asian Development Bank*, AsDB) mit Hauptsitz in Manila. Die AsDB fördert die wirtschaftliche und soziale Entwicklung diverser Länder tieferen und mittleren Einkommens im Raum Asien-Pazifik, einschliesslich einer Mehrheit der südostasiatischen Länder. Als multilaterale Entwicklungsbank vergibt sie vornehmlich Darlehen zu vergünstigten Bedingungen, wobei auch technische Hilfe, nicht rückzahlbare Zuschüsse und Kapitalinvestitionen zu ihren Instrumenten gehören. Die Schweiz ist seit 1967 Mitglied der AsDB. Sie gehört damit zur ersten Generation der mittlerweile 19 AsDB-Mitglieder, die nicht selber Teil des asiatisch-pazifischen Raums sind. Nebst ihrer Rolle als Kapitalgeberin unterstützt die Schweiz ausgewählte Projekte mit einem thematischen Fokus auf erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Katastrophenmanagement und klimaresilienter Stadtentwicklung.

Mit der **Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank** (*Asian Infrastructure Investment Bank*, AIIB) beteiligt sich die Schweiz an einer weiteren multilateralen Entwicklungsbank, deren geo-grafischer Schwerpunkt auf dem asiatisch-pazifischen Raum liegt. Die AIIB wurde 2015 auf Initiative Chinas gegründet und hat ihren Hauptsitz in Peking. Mit rund 27% der Stimmrechtsanteile nimmt China eine vorrangige Rolle unter den 89 Mitgliedern ein (Stand 2022). Die AIIB versteht sich vor diesem Hintergrund auch als Alternative zu den zuweilen als «westlich» empfundenen Bretton Woods-Institutionen (Weltbank und Internationaler Währungsfonds, IWF). Der Fokus der AIIB liegt auf der Finanzierung von Infrastrukturprojekten in den Bereichen Transportwesen, Energie- und Wasserversorgung sowie Stadtentwicklung und digitale Anbindung. Damit leistet die AIIB auch in Südostasien, wo sie in einer Mehrheit der Länder als Darlehensgeberin auftritt, einen Beitrag an die Deckung des hohen Investitionsbedarfs im Infrastrukturbereich. Die Schweiz ist Gründungsmitglied der AIIB. Im Rahmen ihrer Mitgliedschaft achtet sie insbesondere darauf, dass die AIIB internationale Umwelt- und Sozialstandards sowie die Kriterien für nachhaltige Infrastruktur-Finanzierungen einhält.

Durch die Unterstützung der **Mekong-Flusskommission** (*Mekong River Commission*, MRC) engagiert sich die Schweiz mit einem spezifischen Fokus auf dem Wassermanagement in der Mekong-Subregion. Die MRC ist eine 1995 gegründete zwischenstaatliche Organisation, der die vier Mekong-Anrainer Kambodscha, Laos, Thailand und Vietnam angehören. Sie dient als Plattform für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Bewirtschaftung des Mekong-Flussbeckens. Vor dem Hintergrund zunehmender Schwankungen im Pegelstand des Mekong-Flusses, welche die Lebensgrundlage von Millionen Menschen bedrohen (vgl. Kap. 2.2), steigt die Bedeutung dieser Zusammenarbeit. Die

vier MRC-Mitglieder nehmen ausserdem an der *Lancang-Mekong Cooperation* (LMC) teil, eines 2016 auf chinesische Initiative etablierten Dialogformats, das zusätzlich China und Myanmar umfasst. Die ungleichen Kräfteverhältnisse innerhalb der LMC verdeutlichen die Notwendigkeit einer funktionierenden Absprache der MRC-Mitglieder im Viererformat. Die Schweiz unterstützt die MRC seit deren Gründung. In den kommenden Jahren liegt ihr Fokus auf der Umsetzung der *Basin Development Strategy 2021–2030* der MRC, die den inklusiven Zugang zu den Wasserressourcen des Mekongs und die Widerstandsfähigkeit der im Flussbecken lebenden Bevölkerung gegen Klimarisiken fördert. Teil der Bestrebungen ist auch die Stärkung der institutionellen Kapazitäten des MRC-Sekretariats in Vientiane.

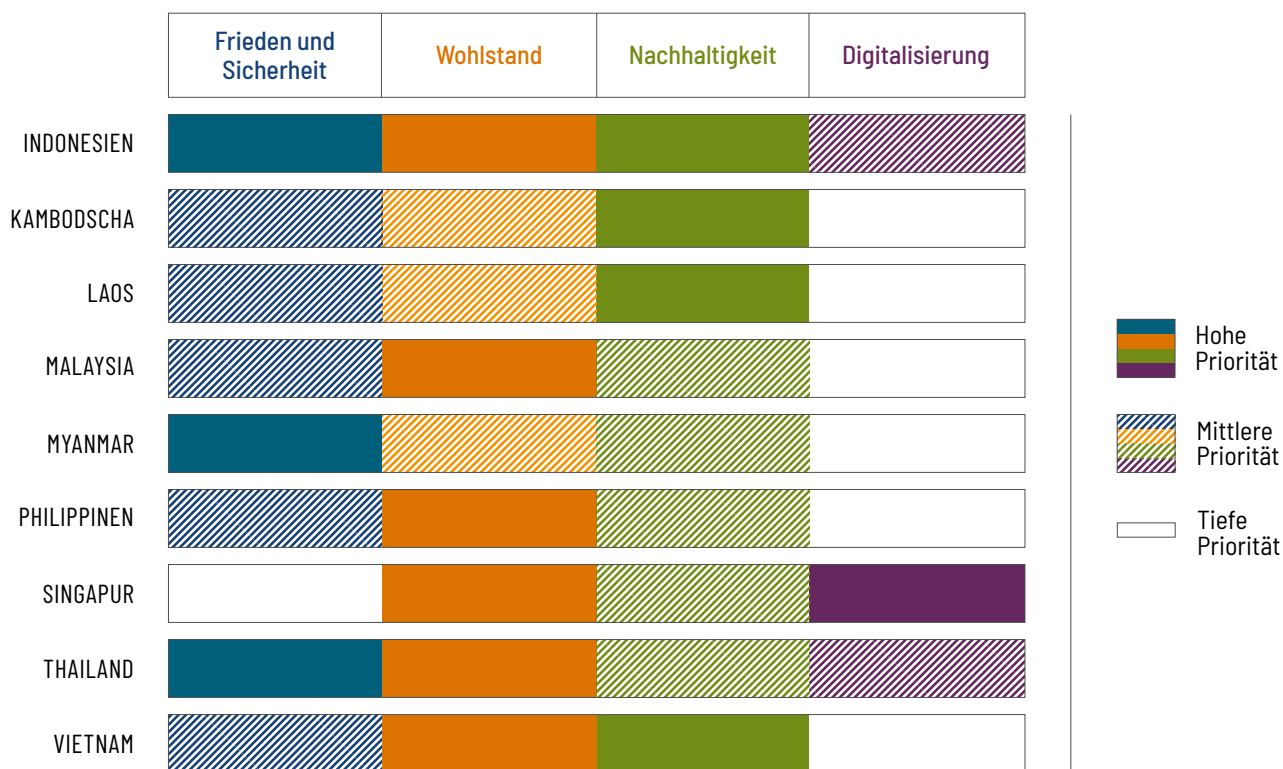
Weitere multilaterale Gefässe dienen ebenfalls als Plattformen für die Zusammenarbeit mit Südostasien. Die Schweiz und die ASEAN-Länder sind Teilnehmer des **Asien-Europa-Treffens** (*Asia-Europe Meeting*, ASEM), das 51 Länder aus Europa und dem Raum Asien-Pazifik (sowie die EU und die ASEAN) umfasst. In diesem Rahmen finden jährlich hochrangige Gespräche statt, jeweils alternierend auf Stufe der Staats- und Regierungschefinnen und -chefs bzw. der Aussenministerinnen und -minister. Die zwischenstaatliche **Asien-Europa-Stiftung** (*Asia-Europe Foundation*, AEF), deren Sekretariat sich in Singapur befindet, ist dem ASEM angegliedert. Die Schweiz unterstützt die AEF in ihrem Bestreben, die Beziehungen zwischen Europa und Asien-Pazifik auf Ebene der Behörden und der Zivilgesellschaft anhand konkreter Projekte zu vertiefen. So ist die Schweiz etwa Mitorganisatorin des jährlich stattfindenden *ASEM Seminar on Human Rights*. Ebenfalls in Singapur beheimatet ist der **Shangri-La-Dialog**, die wichtigste Sicherheitskonferenz im Raum Asien-Pazifik. Die Schweiz und die südostasiatischen Länder sind regelmässig auf hochrangiger Ebene vertreten und nutzen die Konferenz auch für den bilateralen Austausch.

Keinerlei Assoziierung verfolgt die Schweiz bis auf Weiteres mit den zwei grossen **regionalen Wirtschaftsabkommen**, der *Regional Comprehensive Economic Partnership* (RCEP) und dem *Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership* (CPTPP). Während die RCEP alle zehn ASEAN-Staaten umfasst, zählt das CPTPP Malaysia, Singapur und Vietnam zu seinen Mitgliedern (Brunei Darussalam hat das Abkommen unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert, vgl. Kap. 2.2). Die Schweiz analysiert die Entwicklungen dieser Wirtschaftsabkommen laufend und prüft dabei insbesondere den wirtschaftlichen Nutzen und die politische Machbarkeit eines allfälligen Beitritts.

# 5 Bilaterale Schwerpunkte



Nebst der Zusammenarbeit auf multilateraler Ebene bleibt der bilaterale Austausch zentraler Bestandteil der Schweizer Beziehungen zu Südostasien. Das vorliegende Kapitel formuliert Ziele und Massnahmen, deren Umsetzung die Schweiz im Austausch mit den Ländern der Region über die Jahre 2023 bis 2026 anstrebt. Für Brunei Darussalam und Timor-Leste,

wo die Schweiz keine vorrangigen Interessen verfolgt, sind keine spezifischen Ziele und Massnahmen vorgesehen. Die Grafik 17 bietet einen Überblick über die bilateralen Prioritäten entlang der vier thematischen Schwerpunkte der APS 2020–2023.



Grafik 17: Bilaterale Schwerpunkte der Südostasien-Strategie 2023-2026 (Quelle: EDA).

## 5.1 Indonesien

INDONESIEN	
	<b>Bevölkerung:</b> 275 Mio. (2021) <b>Bevölkerungswachstum:</b> +43 Mio. (Prognose bis 2050) <b>Human Development Index:</b> Rang 114/191 (2021)
	<b>BIP:</b> USD 1'187 Mrd. (2021) <b>BIP-Wachstum:</b> +5.2% p.a. (Prognose 2023–2027) <b>BNE pro Kopf:</b> USD 4140 (2021)
	<b>Vertretung seit:</b> 1863 (heute: Botschaft) <b>Schweizer Kolonie:</b> 993 Personen (2021) <b>Handelsvolumen:</b> CHF 1.9 Mrd. (2021)

Indonesien ist das **demografische und wirtschaftliche Schwergewicht** Südostasiens. Der sich über 17'000 Inseln erstreckende Archipelstaat beherbergt über 270 Millionen Menschen.<sup>29</sup> Damit ist Indonesien das bevölkerungsmässig viertgrösste Land der Welt. Mit einem BIP von rund 1200 Milliarden US-Dollar (2021) ist es zudem für gut einen Drittel der südostasiatischen Wirtschaftsleistung verantwortlich.<sup>30</sup> Langzeitprognosen zufolge könnte Indonesien bis 2050 gar zur viertgrössten Volkswirtschaft der Welt aufsteigen (nach China, den USA und Indien).<sup>31</sup>

Mit einer **engagierten Aussenpolitik** trägt Indonesien seiner wachsenden Bedeutung Rechnung. Innerhalb der ASEAN, deren Sekretariat sich in Jakarta befindet, nimmt das Land eine Führungsrolle ein. Auch auf globaler Ebene setzt sich Indonesien für einen wirkungsvollen Multilateralismus ein. Seit 2008 ist es als eine der weltweit grössten Demokratien Gastgeber des *Bali Democracy Forum*, ein hochrangiges Dialogformat zur Förderung demokratischer Werte im Raum Asien-Pazifik.

Indonesien hat in den letzten zwei Jahrzehnten eine bemerkenswerte sozioökonomische Entwicklung vollzogen. Lebten im Jahr 2000 noch über 70 Millionen Menschen in extremer Armut, sind es heute weniger als 10 Millionen.<sup>32</sup> Eine rasch wachsende Mittelschicht erfreut sich eines steigenden Lebensstandards. Gleichwohl steht das Land auch heute vor gewichtigen **wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen**. Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der KMU, mit rund 90% aller Erwerbstätigen das Rückgrat der indonesischen Wirtschaft, sind weiterhin ausbaufähig. Dies bremst die Schaffung neuer Arbeitsplätze, wobei jährlich rund zwei Millionen junge Menschen neu auf den Arbeitsmarkt gelangen. Die rasche Urbanisierung – bis 2045 werden 70% der Indonesierinnen und Indonesier in Städten leben – stellt zudem die städtische Infrastruktur vor grosse Herausforderungen.<sup>33</sup>

29 United Nations Department of Economic and Social Affairs (UNDESA), [World Population Prospects](#), 2022.

30 Int. Währungsfonds (IWF), [Direction of Trade Statistics](#), Oktober 2022.

31 Bloomberg, [Global Economic Forecast 2050](#), November 2020.

32 Weltbank, [World Development Indicators](#) (Poverty headcount ratio at \$1.90 a day), 2021.

33 [Kooperationsprogramm Indonesien 2021-2024](#)

Auch in menschenrechtlicher Hinsicht besteht Verbesserungspotenzial, etwa beim Schutz von Minderheiten oder bei der Folterbekämpfung.

Kehrseite der dynamischen Wirtschaftsentwicklung sind auch **weitreichende Umweltprobleme**. Die Abholzung des tropischen Regenwaldes bedroht die Artenvielfalt und trägt zum Klimawandel bei. Trotz des Ziels der Klimaneutralität bis 2060 steigt der indonesische Treibhausgas-Ausstoss rasant an. Bereits heute befindet sich das Land unter den zehn grössten CO<sub>2</sub>-Emittenten der Welt.<sup>34</sup> Gleichzeitig ist Indonesien mit seinen tiefliegenden Siedlungsgebieten überdurchschnittlich stark vom Klimawandel betroffen. Schäden durch Überflutungen und Erdbeben haben in den vergangenen Jahren zugenommen. Auch unabhängig vom Klimawandel wird Indonesien durch seine Lage auf dem pazifischen Feuerring regelmässig von Naturkatastrophen heimgesucht.

Für die Schweiz ist Indonesien ein Partner mit **hohem Zukunftspotenzial**. Bewegt sich das bilaterale Handelsvolumen heute im Mittelfeld der ASEAN-Länder, dürften Grösse und Dynamik der indonesischen Volkswirtschaft künftig vermehrt Möglichkeiten für den wirtschaftlichen Austausch eröffnen. Das 2021 in Kraft getretene, umfassende Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EFTA und Indonesien trägt zur Erschliessung dieses Potenzials bei. Als Beitrag zum Schutz des tropischen Regenwaldes gestattet es den zollreduzierten Import von Palmöl nur, wenn dieses nach anerkannten Nachhaltigkeitskriterien produziert wurde. Auch das im Jahr 2022 unterzeichnete Investitionsschutzabkommen bezweckt die Förderung des wirtschaftlichen Austauschs, indem es die Rechtssicherheit für Schweizer Direktinvestitionen in Indonesien stärkt. Nebst der Zusammenarbeit im Wirtschaftsbereich ist das G20-Land Indonesien für die Schweiz auch als Partner in multilateralen Gremien von wachsender Bedeutung. Darüber hinaus dürften die Bemühungen zur Demokratieförderung zukünftig vermehrt Möglichkeiten der Zusammenarbeit eröffnen.

Im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit des SECO unterstützt die Schweiz Indonesien bei der **Überwindung verbleibender Entwicklungs Herausforderungen**. Im Zentrum stehen dabei die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Privatsektors und die Förderung effizienter öffentlicher Institutionen, insbesondere in den Städten. Darüber hinaus wirkt die Schweiz auf die Verbesserung der Kapazitäten Indonesiens im Umgang mit Naturkatastrophen hin. Auch im Bereich der Menschenrechte bleibt die Schweiz engagiert und arbeitet dabei eng mit den lokalen Behörden zusammen, insbesondere zu den prioritären Themen der Folterprävention und der menschenrechtlichen Verantwortung von Unternehmen.

34 Weltbank, [World Development Indicators](#) (CO<sub>2</sub> emissions), 2021.

## Ziele und Massnahmen

- ID.A Die Schweiz stärkt ihre Zusammenarbeit mit Indonesien bei der Förderung von Frieden und Sicherheit.**
  - ID.A1 Intensivierung der Zusammenarbeit in multilateralen Gremien.
  - ID.A2 Weiterführung der lokalen Konsultationen und der praktischen Zusammenarbeit im Bereich der Menschenrechte.
  - ID.A3 Stärkung der Zusammenarbeit im Bereich der Demokratieförderung.
  
- ID.B Die Schweiz und Indonesien intensivieren ihre bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.**
  - ID.B1 Unterstützung der Umsetzung des umfassenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien.
  - ID.B2 Koordinierter Einsatz aller Instrumente der Handelsdiplomatie und der Exportförderung.
  - ID.B3 Sicherstellung eines erleichterten Zugangs für Schweizer Unternehmen zu indonesischen Grossinfrastrukturprojekten.
  
- ID.C Die Schweiz trägt zur Förderung eines wettbewerbsfähigen Privatsektors in Indonesien bei.**
  - ID.C1 Unterstützung indonesischer KMU beim Zugang zu internationalen Märkten und Finanzdienstleistungen.
  - ID.C2 Förderung eines nachfrageorientierten Berufsbildungssystems und eines innovativen Finanzsektors.
  
- ID.D Die Schweiz leistet einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung in Indonesien.**
  - ID.D1 Monitoring der Einhaltung der Nachhaltigkeitsbestimmungen im umfassenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien.
  - ID.D2 Förderung einer nachhaltigen Stadtentwicklung.
  - ID.D3 Unterstützung beim Aufbau nachhaltiger Wertschöpfungsketten.
  - ID.D4 Durchführung eines regelmässigen Dialogs zu Arbeits- und Beschäftigungsfragen
  
- ID.E Die Schweiz stärkt ihre Zusammenarbeit mit Indonesien bei der Vorsorge gegen Naturkatastrophen.**
  - ID.E1 Stärkung der Fähigkeiten der indonesischen Behörden im Bereich des Katastrophenrisikomanagements.
  - ID.E2 Unterstützung bei der Sensibilisierung der Bevölkerung für Katastrophenrisiken und Katastrophenschutz.
  
- ID.F Die Schweiz und Indonesien bauen eine strukturierte Zusammenarbeit im Bereich der Digitalisierung auf.**
  - ID.F1 Etablierung eines regelmässigen bilateralen Dialogs über die Digitalisierung.

## 5.2 Kambodscha

KAMBODSCHA	
	<b>Bevölkerung:</b> 17 Mio. (2021) <b>Bevölkerungswachstum:</b> +4 Mio. (Prognose bis 2050) <b>Human Development Index:</b> Rang 146/191 (2021)
	<b>BIP:</b> USD 26 Mrd. (2021) <b>BIP-Wachstum:</b> +6.5% p.a. (Prognose 2023–2027) <b>BNE pro Kopf:</b> USD 1550 (2021)
	<b>Vertretung seit:</b> 1964 (heute: Kooperationsbüro) <b>Schweizer Kolonie:</b> 355 Personen (2021) <b>Handelsvolumen:</b> CHF 383 Mio. (2021)

Kambodscha ist ein Land mit **bewegter Geschichte**. Auf die Unabhängigkeit von 1954 folgten vier Jahrzehnte der politischen Gewalt, wobei der Schreckensherrschaft der Roten Khmer (1975 bis 1979) mehr als ein Viertel der damaligen Bevölkerung zum Opfer fiel. Unter der aktuellen Regierung, deren Premierminister sich schon seit 1985 im Amt befindet, ist der politische Pluralismus eingeschränkt. Die wichtigste Oppositionspartei wurde 2017 verboten. Die Arbeit der Medien und der Zivilgesellschaft wird durch weitreichende Überwachungsgesetze behindert.

Mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 1'550 US-Dollar pro Jahr (2021) gehört Kambodscha zu den **ärmsten Ländern** in Südostasien.<sup>35</sup> Trotz beachtlicher Entwicklungserfolge in den Jahren vor der Covid-19-Pandemie leben rund drei Millionen Menschen weiterhin unter der nationalen Armutsgrenze.<sup>36</sup> Menschen in ländlichen Gebieten sind überdurchschnittlich stark von Armut betroffen. Die zunehmende Übernutzung natürlicher Ressourcen, insbesondere des Waldes und der Gewässer, stellt die Lebengrundlagen gerade in diesen Gegenden infrage. Die Zunahme von Dürren und Überschwemmungen als Folge des Klimawandels stellt eine weitere Herausforderung dar. Die Arbeitsmigration, insbesondere in das benachbarte Thailand, bleibt derweil ein zentraler Wirtschaftsfaktor.

Vor diesem Hintergrund steht die **Entwicklungszusammenarbeit** im Zentrum der bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und Kambodscha. Zusammen mit Laos ist Kambodscha Teil des Kooperationsprogramms der DEZA für die Mekong-Region. Die Schweiz engagiert sich in diesem Rahmen für eine nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, für eine inklusive Wirtschaftsentwicklung und für die Förderung demokratischer Strukturen. Teil der Bestrebungen ist auch die Stärkung eines auf die Bedürfnisse des regionalen Arbeitsmarktes ausgerichteten Berufsbildungssystem. Dieses fördert die beruflichen Fähigkeiten von Migrantinnen und Migranten und trägt zu einer sicheren, für Gast- und Herkunftsländer nutzbringenden Migration bei. Die Schweiz leistet ferner einen Beitrag zur Minenräumung, um einen sicheren Zugang zu den Landressourcen zu gewährleisten und auf diese Weise die ländliche Entwicklung zu fördern.

Die Schweiz genießt in Kambodscha einen ausgezeichneten Ruf, den sie nicht zuletzt den **«Kantha Bopha»-Kinderspitälern** zu verdanken hat. Diese wurden vom Schweizer Beat Richner aufgebaut und bieten rund 80% der kambodschanischen Kinder und deren Müttern Zugang zu kostenloser Gesundheitsversorgung.<sup>37</sup> Nebst privaten Spenderinnen und Spendern leistet auch die DEZA finanzielle Unterstützung für die fünf Spitäler.

35 Weltbank, [World Development Indicators](#) (GNI per capita, Atlas method), 2021.



36 Asian Development Bank (ADB), [Cambodia and the ADB](#), 2019.

37 [Stiftung Kinderspital Kantha Bopha](#), 2022.

## Ziele und Massnahmen

- KH.A Die Schweiz leistet einen Beitrag zur Stärkung von **Demokratie, Menschenrechten und menschlicher Sicherheit** in Kambodscha.**
- KH.A1 Förderung einer basisdemokratischen Gouvernanz und einer dezentralen Erbringung öffentlicher Dienstleistungen.
  - KH.A2 Regelmässige Thematisierung der Menschenrechte im Austausch mit Regierung und Behörden und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen.
  - KH.A3 Beitrag an die humanitäre Minenräumung.
- KH.B Die Schweiz trägt zur **Verbesserung der wirtschaftlichen Chancen** benachteiligter Bevölkerungsgruppen bei.**
- KH.B1 Stärkung der beruflichen Fähigkeiten benachteiligter Bevölkerungsgruppen und Förderung eines regional anerkannten Berufsbildungssystems.
  - KH.B2 Förderung sicherer und nutzbringender regionaler Migrationsprozesse.
- KH.C Die Schweiz unterstützt Kambodscha bei der **Minderung des Klimawandels** und bei der **Anpassung an dessen Folgen**.**
- KH.C1 Unterstützung der Reduktion von Treibhausgasemissionen mit Fokus auf die Wald- und Landnutzung.
  - KH.C2 Förderung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Widerstandsfähigkeit gegen Dürren und Überschwemmungen.
- KH.D Die Schweiz setzt sich für den **Schutz und die nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen** ein.**
- KH.D1 Förderung einer nachhaltigen Waldwirtschaft und eines nachhaltigen Wassermanagements.
  - KH.D2 Stärkung der regionalen Kooperation bei der Nutzung natürlicher Ressourcen.
- KH.E Die Schweiz leistet einen Beitrag zum **Aufbau eines inklusiven Gesundheitssystems** in Kambodscha.**
- KH.E1 Unterstützung der Gesundheitsversorgung für Kinder und Mütter (via «Kantha Bopha»-Spitäler).

## 5.3 Laos

LAOS	
	<b>Bevölkerung:</b> 7 Mio. (2021) <b>Bevölkerungswachstum:</b> +2 Mio. (Prognose bis 2050) <b>Human Development Index:</b> Rang 140/191 (2021)
	<b>BIP:</b> USD 19 Mrd. (2021) <b>BIP-Wachstum:</b> +3.8% p.a. (Prognose 2023-2027) <b>BNE pro Kopf:</b> USD 2520 (2021)
	<b>Vertretung seit:</b> 1964 (heute: Kooperationsbüro) <b>Schweizer Kolonie:</b> 100 Personen (2021) <b>Handelsvolumen:</b> CHF 132 Mio. (2021)

Laos ist das einzige Land in Südostasien ohne Meeranstoss. Umso grösser ist der **Stellenwert des Mekong-Flusses**, der laotisches Territorium auf annähernd 1 900 Kilometer durchquert oder berührt. Der Mekong dient als Transportweg, seine Fischbestände sind wichtige Nahrungsquelle und sein Wasser wird in der Landwirtschaft genutzt. Die Kraftwerke an seinem Lauf produzieren reichlich Elektrizität, die Laos in die Nachbarländer exportiert. Die Bedeutung des Mekongs als Lebensader des Landes steht jedoch zunehmend infrage. Der Klimawandel und die immer zahlreicheren Staudämme lassen den Pegelstand vermehrt stark schwanken (vgl. Kap. 2.2). Auch die zunehmende Überfischung, die Verschmutzung mit Abwasser und der Abbau von Sedimenten gefährden das ökologische Gleichgewicht und stellen so ein erhebliches Risiko für das Wohlergehen des Landes dar.

Laos ist seit 1975 ein Einparteienstaat, dessen Verfassung den Führungsanspruch der regierenden kommunistischen Partei garantiert. Die Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit unterliegt erheblichen Einschränkungen. Trotz beachtlicher Fortschritte bei der Armutsreduktion bleibt die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit ausgeprägt. Der Agrarsektor ist für die Beschäftigung weiterhin zentral. Das Wirtschaftsmodell, das vor der Covid-19-Pandemie hohe Wachstumsraten hervorbrachte, stützt sich auf den **Reichtum an natürlichen Ressourcen** ab. Deren Ausbeutung ist jedoch nicht nachhaltig, wie die Beeinträchtigung der Gewässer, die Abholzung der Wälder und die landwirtschaftliche Übernutzung der Böden zeigen. Darunter leiden insbesondere benachteiligte Bevölkerungsgruppen wie ethnischen Minderheiten oder Menschen in abgelegenen Gebieten, deren wirtschaftliche Alternativen beschränkt sind. Die Zunahme von Naturkatastrophen aufgrund des Klimawandels bedeutet eine zusätzliche Herausforderung.

Die Beziehungen zwischen der Schweiz und Laos sind durch die **Entwicklungszusammenarbeit** geprägt. Deren Prioritäten liegen, wie in Kambodscha, auf der Förderung einer nachhaltigen Ressourcennutzung, einer inklusiven wirtschaftlichen Entwicklung und der demokratischen Gouvernanz. Das Kooperationsprogramm der DEZA für die Mekong-Region, das Kambodscha und Laos abdeckt, legt den Fokus auf einen grenzüberschreitenden Ansatz. Dieser trägt dem Umstand Rechnung, dass zentrale Herausforderungen transnationaler Natur sind und nur mittels regionaler Zusammenarbeit gelöst werden können. Die Übernutzung des Mekong-Flusssystem, das sich über insgesamt sechs Anrainerstaaten erstreckt, veranschaulicht diese Notwendigkeit.



## Ziele und Massnahmen

### LA.A Die Schweiz setzt sich für **Demokratie und Menschenrechte** in Laos ein.

LA.A1 Förderung einer dezentralen Erbringung öffentlicher Dienstleistungen.

LA.A2 Hinwirkung auf die Stärkung der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Zivilgesellschaft.

LA.A3 Regelmässige Thematisierung der Menschenrechte im Austausch mit Regierung und Behörden.

### LA.B Die Schweiz trägt zur **Verbesserung der wirtschaftlichen Chancen** benachteiligter Bevölkerungsgruppen bei.

LA.B1 Stärkung der beruflichen Fähigkeiten benachteiligter Bevölkerungsgruppen und Förderung eines regional anerkannten Berufsbildungssystems.

LA.B2 Förderung sicherer und nutzbringender regionaler Migrationsprozesse.

### LA.C Die Schweiz unterstützt Laos beim Ausbau der **Katastrophenvorsorge**.

LA.C1 Stärkung staatlicher Kapazitäten zur sicheren Nutzung der Wasserkraft (Sicherheit von Stauanlagen).

LA.C2 Förderung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Widerstandsfähigkeit gegen Dürren und Überschwemmungen.




### LA.D Die Schweiz engagiert sich für die Sicherung des Zugangs zu **natürlichen Ressourcen** und für deren **nachhaltige Bewirtschaftung**.

LA.D1 Hinwirkung auf die Stärkung von Eigentumsrechten an natürlichen Ressourcen.

LA.D2 Förderung eines nachhaltigen Wassermanagements und Beitrag zum Aufbau einer nachhaltigen, nachfrageorientierten Landwirtschaft.

LA.D3 Stärkung der regionalen Kooperation bei der Nutzung natürlicher Ressourcen.

## 5.4 Malaysia

MALAYSIA	
	<b>Bevölkerung:</b> 34 Mio. (2021) <b>Bevölkerungswachstum:</b> +7 Mio. (Prognose bis 2050) <b>Human Development Index:</b> Rang 62/191 (2021)
	<b>BIP:</b> USD 373 Mrd. (2021) <b>BIP-Wachstum:</b> +4.4% p.a. (Prognose 2023–2027) <b>BNE pro Kopf:</b> USD 10'930 (2021)
	<b>Vertretung seit:</b> 1963 (heute: Botschaft) <b>Schweizer Kolonie:</b> 654 Personen (2021) <b>Handelsvolumen:</b> CHF 2.2 Mrd. (2021)

Malaysia zeichnet sich durch seine **besondere geografische Lage** aus: Als einziges Land in Südostasien liegt es sowohl auf dem Festland als auch auf dem südostasiatischen (malaischen) Archipel. Während das Festland das politische und wirtschaftliche Zentrum beherbergt, fällt der Landesteil auf der Insel Borneo durch seinen grossen Naturreichtum auf. Nach Jahrzehnten der politischen Stabilität kommt es seit 2018 wiederholt zu Regierungswechseln. Religiöse und ethnische Spannungen, teilweise bedingt durch die rechtliche Bevorteilung der politisch dominanten Malaien gegenüber den ethnischen Minderheiten, tragen zur politischen und gesellschaftlichen Polarisierung bei.

Malaysia ist eine **offene, exportorientierte Volkswirtschaft** mit einer starken verarbeitenden Industrie. Insbesondere der Elektroniksektor ist ein zunehmend wichtiges Standbein, während die vormals dominante Öl- und Gasförderung heute noch rund einen Fünftel der Wirtschaftsleistung ausmacht.<sup>38</sup> Das Investitionsumfeld gilt trotz Rechtsunsicherheiten als vorteilhaft. Ausschlaggebend hierfür sind insbesondere die moderne Infrastruktur und die gut ausgebildeten, englischsprachigen Arbeitskräfte. Wichtige Zukunftsindustrien wie die Halbleiterproduktion unterhalten Standorte im Land. Nach Indonesien ist Malaysia der weltweit wichtigste Produzent von Palmöl.

Die Zukunftsperspektiven des Landes werden durch **diverse Herausforderungen** getrübt. Nebst der politischen Instabilität betrifft dies insbesondere die Energieversorgung, die praktisch ausschliesslich auf fossilen Brennstoffen basiert.<sup>39</sup> Vor diesem Hintergrund wird die von der Regierung angestrebte Klimaneutralität bis 2050 ein grundlegendes Umdenken erfordern. Auch der Schutz des tropischen Regenwalds gegen die fortschreitende Abholzung erfordert verstärkte Anstrengungen. Die Menschenrechtssituation ist weiterhin verbesserungsbedürftig, etwa hinsichtlich der Meinungsäusserungsfreiheit oder der Rechte der zahlreichen Arbeitsmigrantinnen und -migranten im Land.

Für die Schweiz ist Malaysia in erster Linie als **Wirtschaftspartner** von Bedeutung. Gemessen an den Direktinvestitionen handelt es sich um den zweitwichtigsten Standort für Schweizer Unternehmen in Südostasien. In diesem Zusammenhang strebt die Schweiz eine Revision des bilateralen Investitionsschutzabkommen von 1978 an. Auch die laufenden Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Malaysia möchte die Schweiz in den kommenden Jahren erfolgreich abschliessen. Wirkungsvolle Nachhaltigkeitsbestimmungen als Bestandteil eines zukünftigen Freihandelsabkommens sollen dabei helfen, einen Beitrag zur Verbesserung der Umweltsituation und der Arbeitsbedingungen in Malaysia zu leisten. Analog zum umfassenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Indonesien könnte damit unter anderem die nachhaltige Produktion von Palmöl gefördert werden.

<sup>38</sup> Malaysian Investment Development Authority, [Oil and Gas](#), 2022.

<sup>39</sup> International Energy Agency (IEA), [Malaysia](#), 2019.

## Ziele und Massnahmen

**MY.A Die Schweiz stärkt ihre Zusammenarbeit mit Malaysia bei der Förderung von Frieden und Sicherheit.**

MY.A1 Intensivierung der Zusammenarbeit in multilateralen Gremien.

MY.A2 Regelmässige Thematisierung der Menschenrechte im Austausch mit Regierung und Behörden.

**MY.B Die Schweiz und Malaysia intensivieren ihre bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.**

MY.B1 Abschluss eines umfassenden und modernen Freihandelsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Malaysia.

MY.B2 Revision des bilateralen Investitionsschutzabkommens.

MY.B3 Koordinierter Einsatz aller Instrumente der Handelsdiplomatie und der Exportförderung.


**MY.C Die Schweiz leistet einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung in Malaysia.**

MY.C1 Aufnahme eines umfassenden Nachhaltigkeitskapitels in das angestrebte Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Malaysia.

MY.C2 Förderung des Wissensaustauschs über die CO<sub>2</sub>-Reduktion und über die nachhaltige Nutzung von Ressourcen.

MY.C3 Unterstützung der Schweizer Unternehmen in Malaysia bei der Wahrnehmung ihrer ökologischen und sozialen Verantwortung.

## 5.5 Myanmar

MYANMAR	
	<b>Bevölkerung:</b> 54 Mio. (2021) <b>Bevölkerungswachstum:</b> +6 Mio. (Prognose bis 2050) <b>Human Development Index:</b> Rang 149/191 (2021)
	<b>BIP:</b> USD 65 Mrd. (2021) <b>BIP-Wachstum:</b> +3.4% p.a. (Prognose 2023-2027) <b>BNE pro Kopf:</b> USD 1140 (2021)
	<b>Vertretung seit:</b> 1957 (heute: Botschaft) <b>Schweizer Kolonie:</b> 80 Personen (2021) <b>Handelsvolumen:</b> CHF 167 Mio. (2021)

Das vormalig als Burma bekannte Myanmar ist durch **zahlreiche Spannungsfelder** geprägt. Hauptursache hierfür ist die langjährige Politik der «Bamarisierung», in deren Rahmen eine systematische Diskriminierung der zahlreichen ethnischen Minderheiten durch die buddhistische Mehrheit der Bamar stattgefunden hat. Über zwanzig bewaffnete ethnische Gruppen führen teilweise seit Jahrzehnten einen Kampf für mehr politische Rechte und Autonomie von der Zentralregierung. Internationale Schlagzeilen machte 2017 das brutale Vorgehen der Regierungstruppen gegen die muslimische Minderheit der Rohingya im Südwesten des Landes. Die dadurch verursachte Flüchtlingskrise (vgl. Kap. 2.2) ist bis heute ungelöst.

Nachdem Myanmar während Jahrzehnten autokratisch regiert worden war, kam 2011 ein Demokratisierungsprozess in Gang. Politische Reformen wurden angestoßen und Friedensverhandlungen geführt, während der Zufluss ausländischer Investitionen die Wirtschaft ankurbelte. Mit der **gewaltsamen Machtübernahme durch das Militär** im Februar 2021 nahm diese Entwicklung ein jähes Ende. Die demokratisch gewählte Regierung wurde abgesetzt und der Widerstand in der Bevölkerung von den Sicherheitskräften gewaltsam niedergeschlagen. Abgeordnete des aufgelösten Parlaments formierten eine Gegenregierung zum Militär, die Anspruch auf die politische Kontrolle des Landes erhebt.



Damit befindet sich Myanmar heute in einer tiefen **politischen, wirtschaftlichen und humanitären Krise**. In diversen Landesteilen führen bewaffnete Widerstandstruppen einen intensiven Guerillakampf gegen das Militär. Diese Gewalteskalation überlagert und verschärft die bestehenden Konflikte im Land. Mehrere hunderttausend Menschen wurden allein seit der Machtergreifung des Militärs intern vertrieben oder sind in die Nachbarländer geflohen. Internationaler Druck und Vermittlungsversuche sind bisher erfolglos geblieben. Die Wirtschaft wurde hart getroffen, wobei Myanmar bereits vor der aktuellen Krise das ärmste Land in Südostasien war. Die öffentliche Grundversorgung ist vielerorts zusammengebrochen, und die Nahrungsmittelsicherheit ist nicht mehr gewährleistet. Der Bevölkerung in Konfliktgebieten bleibt der Zugang zu humanitären Hilfsgütern weitgehend verwehrt. Zunehmend dringliche Massnahmen zur Linderung der Folgen von Klimawandel und Naturgefahren erhalten vor diesem Hintergrund nicht die erforderliche Beachtung.

Es liegt im Interesse der Schweiz, dass Myanmar nicht zum gescheiterten Staat wird. Das Schweizer Engagement verfolgt einen **breit abgestützten Ansatz**, der Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit, der humanitären Hilfe, der Friedensförderung und der Menschenrechtsdiplomatie kombiniert. Auch im Rahmen ihres Einsitzes im UNO-Sicherheitsrat (2023/24) setzt sich die Schweiz für die Bewältigung der Krise in Myanmar ein. Im unmittelbaren Fokus stehen Gewaltverminderung, Dialogförderung und die Linderung humanitärer Not. Die Schweiz pflegt Kontakte zu allen Konfliktparteien und setzt sich für eine politische Lösung des Konflikts ein. Sie bietet ihre guten Dienste an, ohne der Militärregierung dabei politische Legitimität zu verleihen. Mit einem längerfristigen Zeithorizont engagiert sich die Schweiz ausserdem für die Fortsetzung der Transformation Myanmars hin zu einem demokratischen und prosperierenden Staat. Nur wenn die den Konflikten zugrundeliegenden Probleme – Armut, Diskriminierung, mangelhafte politische Teilhabe und fehlende soziale Kohäsion – angegangen werden, kann Myanmar zu nachhaltigem Frieden und zu einer stabilen Entwicklung finden.

## Ziele und Massnahmen

- MM.A Die Schweiz leistet humanitäre Hilfe und setzt sich für den Schutz der Zivilbevölkerung ein.**
- MM.A1 Bereitstellung humanitärer Hilfe für schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen (einschliesslich Flüchtlinge in Nachbarländern).
  - MM.A2 Einsatz für einen verbesserten humanitären Zugang, für den Schutz der Zivilbevölkerung und für die Einhaltung des humanitären Völkerrechts.
- MM.B Die Schweiz setzt sich für Frieden, Demokratie und Menschenrechte in Myanmar ein.**
- MM.B1 Unterstützung von Konfliktparteien bei Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen.
  - MM.B2 Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen im Bereich der Menschenrechte und Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern.
  - MM.B3 Förderung der Rechenschaftspflicht für internationale Verbrechen (via *Independent Investigative Mechanism for Myanmar*, IIMM).
- MM.C Die Schweiz setzt sich für die Verbesserung der Lebensgrundlagen benachteiligter Bevölkerungsgruppen ein.**
- MM.C1 Förderung von Massnahmen zur Verbesserung der Ernährungssicherheit.
  - MM.C2 Stärkung der Gesundheitsversorgung in schwer zugänglichen und von Konflikten betroffenen Gebieten.
- MM.D Die Schweiz unterstützt Myanmar bei der Anpassung an den Klimawandel.**
- MM.D1 Unterstützung bei der Minderung des Katastrophenrisikos in besonders betroffenen Gebieten.
- MM.E Die Schweiz nimmt vor dem Hintergrund der politischen Situation im Land eine laufende Überprüfung ihres Entwicklungsengagements vor.**
- MM.E1 Interne und externe Evaluationen zur Zweckmässigkeit der Weiterführung der Schweizer Beiträge jenseits der humanitären Hilfe.

## 5.6 Philippinen

PHILIPPINEN	
	<b>Bevölkerung:</b> 115 Mio. (2021) <b>Bevölkerungswachstum:</b> +44 Mio. (Prognose bis 2050) <b>Human Development Index:</b> Rang 116/191 (2021)
	<b>BIP:</b> USD 394 Mrd. (2021) <b>BIP-Wachstum:</b> +5.8% p.a. (Prognose 2023–2027) <b>BNE pro Kopf:</b> USD 3640 (2021)
	<b>Vertretung seit:</b> 1862 (heute: Botschaft) <b>Schweizer Kolonie:</b> 3343 Personen (2021) <b>Handelsvolumen:</b> CHF 958 Mio. (2021)

Die Philippinen sind ein Land mit grossem **wirtschaftlichem Entwicklungspotenzial**. Die drittgrösste Volkswirtschaft Südostasiens ist gleichzeitig eine der dynamischsten der Region, verzeichnete sie vor der Covid-19-Pandemie doch hohe Wachstumsraten von über 6%.<sup>40</sup> Die Fortsetzung dieser Entwicklung dürfte wesentlich davon abhängen, ob es dem Land gelingt, seine wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (Infrastruktur, Effizienz der öffentlichen Verwaltung, Bildungswesen) zu verbessern. Breite Bevölkerungsteile profitieren zudem nicht oder nur begrenzt vom wirtschaftlichen Aufschwung. Rund ein Viertel der Menschen auf den Philippinen lebt weiterhin unterhalb der nationalen Armutsgrenze, wobei die mangelnde Ernährungssicherheit ein verbreitetes Problem bleibt.<sup>41</sup>

Die zunehmende Häufigkeit und Intensität von **Naturkatastrophen** verschärft die Armutsproblematik. Zusammen mit den Inselstaaten des Südpazifiks gehören die Philippinen zu denjenigen Ländern, die weltweit am stärksten von Naturkatastrophen betroffen sind. Taifune, Erdbeben und Vulkanausbrüche fordern jedes Jahr zahlreiche Todesopfer und führen zu flächendeckenden Schäden an Landwirtschaft und Infrastruktur. Das philippinische Katastrophenmanagement gerät angesichts der Vielzahl der Naturereignisse und der Topografie des Landes (über 7 000 Inseln) regelmässig an seine Grenzen.

Eine weitere Herausforderung besteht in den **bewaffneten Konflikten**. In der Region Bangsamoro im Süden des Landes bedarf der Friedensprozess nach dem Abkommen von 2014 neuer Impulse. Aufgrund zahlreicher Splittergruppen auf Seite der islamistischen Rebellen bleibt das Konfliktpotenzial erhöht. Auch der in diversen Landesteilen schwelende Konflikt zwischen Regierungstruppen und kommunistischen Gruppierungen hat zuletzt wieder an Intensität gewonnen. Hinzu kommt die 2016 von der damaligen Regierung ausgerichtete Anti-Drogen-Kampagne («Drogenkrieg»), in deren Rahmen systematische und umfangreiche aussergerichtliche Hinrichtungen mutmasslicher Drogenkrimineller stattfinden. Für diese grobe Verletzung der Menschenrechte stehen die Philippinen international in der Kritik.

Die Schweiz und die Philippinen pflegen **vielschichtige Beziehungen**. Nebst dem Einsatz für die Menschenrechte unterstützt die Schweiz den Friedensprozess in der Region Bangsamoro: Von 2014 bis 2021 stellte sie die Vorsitzende der «Kommission für Transitionsjustiz und Aussöhnung», die durch das Friedensabkommen eingesetzt wurde. Weitere Möglichkeiten für ein friedenspolitisches Engagement werden geprüft. Im wirtschaftlichen Bereich strebt die Schweiz eine erhöhte Nutzung des 2018 in Kraft getretenen Freihandelsabkommens an. Ferner unterstützt die Schweiz die Philippinen bei der Umsetzung der Agenda 2030, wobei die Stärkung der Kapazitäten im Umgang mit Naturkatastrophen im Vordergrund steht. Mit über 3'300 Personen beherbergen die Philippinen ausserdem die zweitgrösste Gemeinschaft der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer in Asien, womit auch den konsularischen Beziehungen eine erhöhte Bedeutung zukommt.



40 Internationaler Währungsfonds (IWF), [World Economic Outlook](#), Oktober 2022.

41 Asian Development Bank (ADB), [Philippines and ADB](#), 2021.

## Ziele und Massnahmen

- PH.A Die Schweiz setzt sich für eine **friedliche Entwicklung** auf den Philippinen ein.
- PH.A1 Weiterführung des partnerschaftlichen Ansatzes bei der Vergangenheitsbewältigung.
  - PH.A2 Prüfung neuer Möglichkeiten der Zusammenarbeit beim Friedensprozess in der Region Bangsamoro.
- PH.B Die Schweiz engagiert sich für den **Schutz der Menschenrechte** mit Fokus auf die philippinische Drogenpolitik.
- PH.B1 Förderung multilateraler und zivilgesellschaftlicher Initiativen im Bereich der Menschenrechte.
  - PH.B2 Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern.
- PH.C Die Schweiz und die Philippinen intensivieren ihre **bilateralen Wirtschaftsbeziehungen**.
- PH.C1 Förderung der Nutzung des Freihandelsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und den Philippinen und der Lösung bestehender technischer Probleme bei der Umsetzung.
  - PH.C2 Koordinierter Einsatz aller Instrumente der Handelsdiplomatie und der Exportförderung.
- PH.D Die Schweiz vertieft ihre Zusammenarbeit mit den Philippinen bei der **Umsetzung der Agenda 2030**.
- PH.D1 Beitrag zur Stärkung der lokalen Kapazitäten im Bereich Katastrophenvorsorge und -management.
  - PH.D2 Unterstützung bei der Förderung der sozialen Verantwortung lokaler Unternehmen.

## 5.7 Singapur

SINGAPUR	
	<b>Bevölkerung:</b> 6 Mio. (2021) <b>Bevölkerungswachstum:</b> +0.4 Mio. (Prognose bis 2050) <b>Human Development Index:</b> Rang 12/191 (2021)
	<b>BIP:</b> USD 397 Mrd. (2021) <b>BIP-Wachstum:</b> +2.5% p.a. (Prognose 2023–2027) <b>BNE pro Kopf:</b> USD 64'010 (2021)
	<b>Vertretung seit:</b> 1917 (heute: Botschaft) <b>Schweizer Kolonie:</b> 2776 Personen (2021) <b>Handelsvolumen:</b> CHF 12 Mrd. (2021)

1965 von Malaysia in die Unabhängigkeit entlassen, entwickelte sich die ehemalige britische Kronkolonie Singapur rasant zu einer wohlhabenden Wirtschaftsmetropole. Der rund 6 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner zählende Stadtstaat gilt heute als **Tor zu Südostasien**: Zahlreiche globale Unternehmen bedienen von Singapur aus den regionalen Markt. Auch als internationaler Finanzplatz, der wie die Schweiz auf die Verwaltung ausländischer Vermögen spezialisiert ist, hat Singapur Gewicht. Die globalen Spitzenplätze seiner Universitäten unterstreichen zudem die Bedeutung Singapurs als Standort für Bildung, Forschung und Innovation. Rund die Hälfte der südostasiatischen «Einhörner» (Start-ups mit einer Bewertung von über einer Milliarde US-Dollar) stammen aus Singapur.<sup>42</sup>

Singapur versteht sich als **allianzfreie Handelsdrehscheibe**. Wie die Schweiz ist es angesichts knapper natürlicher Ressourcen auf eine offene, regelbasierte Weltordnung mit funktionierenden Lieferketten angewiesen. Innenpolitisch verzeichnet das Land eine hohe Stabilität, wobei die beschränkte Meinungsäusserungsfreiheit dem politischen Pluralismus Grenzen setzt. Aussenpolitisch verfügt Singapur sowohl zu China als auch zu den USA über privilegierte Beziehungen. Der sich verschärfende Wettbewerb zwischen den beiden Grossmächten, insbesondere das damit einhergehende Risiko einer Entkoppelung globaler Märkte, stellt vor diesem Hintergrund eine Herausforderung dar. Aufgrund seiner hochgradigen wirtschaftlichen Integration in Südostasien ist Singapur auch für regionale Verwerfungen anfällig. Der Klimawandel, dem der Stadtstaat aufgrund seiner Tieflage ausgesetzt ist, bedeutet ein weiteres Risiko.

Gesamthaft scheint Singapur für die Zukunft jedoch gut gerüstet, verfügt es doch über grosse **komparative Vorteile**. Seine Kombination aus politischer Stabilität, Rechtssicherheit, gut ausgebildeten Arbeitskräften, einem unternehmensfreundlichen Umfeld sowie hoher Lebensqualität ist im südostasiatischen Vergleich unerreicht. Auch nach globalen Massstäben glänzt Singapur durch seine Wettbewerbsfähigkeit und ist in entsprechenden Indizes regelmässig auf den vordersten Rängen klassiert.<sup>43</sup> Die Entwicklungen in Hongkong dürften dazu beitragen, dass Singapurs Bedeutung als asiatische Wirtschaftsdrehscheibe in den kommenden Jahren weiter zunimmt. Darüber hinaus verfügt Singapur über moderne Streitkräfte, die auf Verteidigungsaufgaben ausgerichtet sind und bei internationalen Friedensmissionen und humanitären Aufgaben zum Einsatz kommen. Für die Schweizer Armee eröffnet dies Möglichkeiten der Zusammenarbeit in ausgewählten Themenfeldern.

Für die Schweiz ist Singapur der mit Abstand **wichtigste Wirtschaftspartner** in Südostasien. Rund die Hälfte des Handels mit der Region wird über Singapur abgewickelt,<sup>44</sup> und über 70% der Schweizer Direktinvestitionen in Südostasien entfallen auf den Stadtstaat.<sup>45</sup> Mit rund 400 Schweizer Firmen, die Singapur als Standort nutzen, verfügt die Schweiz über eine beachtliche Wirtschaftspräsenz. Auch Schweizer Institutionen aus den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation sind zahlreich vertreten. So verfügt beispielsweise die ETH Zürich in Singapur über ihren bisher einzigen Standort im Ausland. Die Schweiz möchte Singapur auch in Zukunft als Drehscheibe für ihre Aktivitäten in Südostasien nutzen, insbesondere im Wirtschafts-, Finanz- und Wissenschaftsbereich. Eine engere Kooperation zum Schutz des geistigen Eigentums wurde bereits vereinbart. Als hochinnovatives Land bietet sich Singapur ausserdem für eine vertiefte Zusammenarbeit bei der Digitalisierung an, beispielsweise als Partner für den Ausbau der Schweizer *Science Diplomacy*. Bestandteil der bilateralen Beziehungen wird zudem weiterhin der Schweizer Einsatz zugunsten der Menschenrechte sein, insbesondere für die Abschaffung der Todesstrafe.

42 Nikkei Asia, [Southeast Asia hosting more unicorns as internet economy takes off](#), Oktober 2021.

43 [WEF Global Competitiveness Report](#), [IMD World Competitiveness Ranking](#)

44 Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG), [Swiss-Impex](#), 2021.

45 Schweizerische Nationalbank (SNB), [Schweizerische Direktinvestitionen im Ausland](#), 2020.



## Ziele und Massnahmen

- SG.A Die Schweiz und Singapur stärken ihre bilateralen Beziehungen in den Bereichen **Wirtschaft und Wissenschaft**.**
- SG.A1 Modernisierung des Freihandelsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Singapur.
  - SG.A2 Koordinierter Einsatz aller Instrumente der Handelsdiplomatie und der Exportförderung.
  - SG.A3 Stärkung der exzellenzbasierten Zusammenarbeit im Bereich Bildung, Forschung und Innovation anhand bestehender Instrumente.
- SG.B Die Schweiz und Singapur intensivieren ihre Zusammenarbeit im **Finanz- und Steuerbereich**.**
- SG.B1 Aktive Pflege des Austauschs zwischen den Schlüsselakteuren im Finanz- und Steuerbereich (u.a. regelmässiger Finanzdialog und enge Zusammenarbeit im Bereich Innovation).
  - SG.B2 Abschluss eines bilateralen Rechtshilfeabkommens zur Optimierung der Zusammenarbeit insbesondere bei der Verfolgung von Finanz- und Wirtschaftsdelikten.
- SG.C Die Schweiz vertieft ihre Zusammenarbeit mit Singapur bei der Umsetzung der **Agenda 2030**.**
- SG.C1 Sondierung möglicher Kooperationen bei der Entwicklung und Nutzung sauberer Technologien (*Clean-tech*).
  - SG.C2 Ausbau der Zusammenarbeit im Bereich der nachhaltigen Finanzwirtschaft (*Sustainable Finance*).
- SG.D Die Schweiz und Singapur bauen eine strukturierte Zusammenarbeit im Bereich der **Digitalisierung** und der **Science Diplomacy** auf.**
- SG.D1 Etablierung eines regelmässigen bilateralen Dialogs über die Digitalisierung.
  - SG.D2 Abschluss eines Abkommens über den digitalen Handel.
  - SG.D3 Einbindung singapurischer Partner in die Arbeiten des *Geneva Science and Diplomacy Anticipator* (GESDA).

## 5.8 Thailand

THAILAND	
	<b>Bevölkerung:</b> 72 Mio. (2021) <b>Bevölkerungswachstum:</b> -4 Mio. (Prognose bis 2050) <b>Human Development Index:</b> Rang 66/191 (2021)
	<b>BIP:</b> USD 506 Mrd. (2021) <b>BIP-Wachstum:</b> +3.4% p.a. (Prognose 2023-2027) <b>BNE pro Kopf:</b> USD 7260 (2021)
	<b>Vertretung seit:</b> 1932 (heute: Botschaft) <b>Schweizer Kolonie:</b> 9622 Personen (2021) <b>Handelsvolumen:</b> CHF 5.7 Mrd. (2021)

Thailand liegt im **Zentrum der Mekong-Subregion**. Als eines der politisch und wirtschaftlich bedeutendsten Länder in Südostasien nimmt es gegenüber seinen Nachbarn, insbesondere Kambodscha, Laos und Myanmar, eine Führungsrolle ein. Als einziges Land in Südostasien hat Thailand keine koloniale Vergangenheit. Es ist seit 1932 eine konstitutionelle Monarchie, wobei es seither abwechselnd vom Militär und von demokratisch gewählten Regierungen geführt wurde. Im politisch-gesellschaftlichen System Thailands spielen bis heute nebst den herkömmlichen politischen Institutionen auch die Monarchie, das Militär und diverse Unternehmenskonglomerate eine gewichtige Rolle. Die Zivilgesellschaft ist lebendig und vielfältig.

Derzeit durchlebt Thailand eine Phase der **innenpolitischen Auseinandersetzung**. Die traditionellen Machtzentren stehen einer jüngeren, urbanen und gebildeten Demokratiebewegung gegenüber, die ein Aufbrechen der bestehenden Machtstrukturen, ein inklusiveres politisches System und freie Meinungsäußerung fordert. Friedliche Versammlungen von Regierungsgegnerinnen und -gegnern werden toleriert, eine kritische Debatte über die Monarchie und entsprechende Aktivitäten hingegen juristisch geahndet. In den südlichsten, an Malaysia grenzenden Provinzen schwelt zudem seit 2004 ein interner bewaffneter Konflikt. Dieser geht zurück auf das Bestreben der dort lebenden malaiisch-muslimischen Minderheit nach grösserer kultureller und sprachlicher Autonomie.

Thailand ist die **zweitgrösste Volkswirtschaft in Südostasien** und ein typisches Land mittleren Einkommens.<sup>46</sup> Das Wirtschaftsmodell ist exportorientiert und beruht auf einer arbeitsintensiven Produktion (rund 3 Millionen Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter leben im Land) sowie ausländischen Investitionen. Der Tourismus ist mit rund einem Fünftel der Wirtschaftsleistung (Stand vor der Covid-19-Pandemie) ein bedeutender Wirtschaftszweig.<sup>47</sup> Das ehrgeizige industriepolitische Ziel, Thailand zu einem hochentwickelten Produktions- und Technologiezentrum heranzubilden, wird bedeutende strukturelle Reformen erfordern. Dies beinhaltet etwa eine weitergehende Öffnung der Wirtschaft und die Modernisierung des Bildungssystems.

Die bilateralen Beziehungen sind **vielfältig und dynamisch**. Die Schweiz geniesst in Thailand einen ausgezeichneten Ruf, den sie nicht zuletzt dem Schweiz-Bezug des im Volk äusserst beliebten Königs Bhumibol (1927–2016; vgl. Kap. 1.2) zu verdanken hat. Thailand ist nach Singapur der zweitwichtigste Handelspartner der Schweiz in Südostasien.<sup>48</sup> Auch umgekehrt hat die Schweiz für Thailand hohe handelspolitische Bedeutung. Das angestrebte Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Thailand dürfte die engen Wirtschaftsbeziehungen weiter stärken. Zunehmende Bedeutung kommt auch der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit zu. Mit dem bilateralen Abkommen über die internationale Übertragung von Emissionsvermindierungen wurde im Jahr 2022 hierfür ein wichtiger Grundstein gelegt. Auch das Engagement für Frieden, Demokratie und Menschenrechte zählt weiterhin zu den Schweizer Prioritäten gegenüber Thailand.

Eine Besonderheit der Beziehungen zu Thailand ist die vergleichsweise hohe Bedeutung der konsularischen Angelegenheiten. Mit rund 9 600 Personen beherbergt Thailand die **grösste Schweizer Gemeinschaft in Asien**.<sup>49</sup> Vor der Covid-19-Pandemie besuchten zudem jährlich rund 200 000 Schweizer Touristinnen und Touristen das Land.<sup>50</sup> Der Schweiz ist es ein zentrales Anliegen, ihren Bürgerinnen und Bürgern in Thailand eine wirksame, bedarfsgerechte Unterstützung zu bieten. Darüber hinaus möchte sie eine Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für den Langzeitaufenthalt in Thailand erreichen. Ein regelmässiger konsularischer Dialog mit den thailändischen Behörden ist Teil dieser Bestrebungen.

46 Internationaler Währungsfonds (IWF), [World Economic Outlook](#), Oktober 2022.

47 Bank of Thailand, [Revitalising Thailand's tourism sector](#), 2021

48 Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG), [Swiss-Impex](#), 2021.




49 Bundesamt für Statistik (BFS), [Auslandschweizer/innen](#), 2021.

50 ASEAN, [Visitors arrival dashboard](#), 2019.

## Ziele und Massnahmen

- TH.A Die Schweiz trägt zu optimalen Bedingungen für Schweizer Bürgerinnen und Bürger in Thailand bei.**
- TH.A1 Führung eines regelmässigen bilateralen Dialogs über die konsularischen Angelegenheiten.
  - TH.A2 Hinwirkung auf eine Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Schweizer Gemeinschaft in Thailand.
- TH.B Die Schweiz setzt sich für Frieden, Demokratie und Menschenrechte in Thailand ein.**
- TH.B1 Regelmässige Thematisierung der Menschenrechte im Austausch mit Regierung und Behörden.
  - TH.B2 Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen in den Bereichen Demokratie und Menschenrechte und Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern.
  - TH.B3 Angebot von Guten Diensten bezüglich des Konflikts im Süden des Landes.
- TH.C Die Schweiz und Thailand intensivieren ihre Beziehungen in den Bereichen Wirtschaft und Wissenschaft.**
- TH.C1 Abschluss eines umfassenden und modernen Freihandelsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Thailand.
  - TH.C2 Koordinierter Einsatz aller Instrumente der Handelsdiplomatie und der Exportförderung.
  - TH.C3 Stärkung der exzellenzbasierten Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation anhand bestehender Instrumente.
- TH.D Die Schweiz vertieft ihre Zusammenarbeit mit Thailand bei der Umsetzung der Agenda 2030.**
- TH.D1 Aufnahme eines umfassenden Nachhaltigkeitskapitels in das angestrebte Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Thailand.
  - TH.D2 Beitrag zur Stärkung der Kapazitäten im Bereich Katastrophenvorsorge und -management.
  - TH.D3 Zusammenarbeit bei der Kompensation von CO<sub>2</sub>-Emissionen.
- TH.E Die Schweiz vertieft ihre Zusammenarbeit mit Thailand auf dem Gebiet der Digitalisierung.**
- TH.E1 Förderung des Austauschs über die Digitalisierung zwischen thailändischen und Schweizer Akteuren.

## 5.9 Vietnam

VIETNAM	
	<b>Bevölkerung:</b> 98 Mio. (2021) <b>Bevölkerungswachstum:</b> +9 Mio. (Prognose bis 2050) <b>Human Development Index:</b> Rang 115/191 (2021)
	<b>BIP:</b> USD 366 Mrd. (2021) <b>BIP-Wachstum:</b> +6.6% p.a. (Prognose 2023–2027) <b>BNE pro Kopf:</b> USD 3560 (2021)
	<b>Vertretung seit:</b> 1926 (heute: Botschaft) <b>Schweizer Kolonie:</b> 615 Personen (2021) <b>Handelsvolumen:</b> CHF 2.2 Mrd. (2021)

Vietnam ist die **dynamischste Volkswirtschaft** in Südostasien. Vor der Covid-19-Pandemie verzeichnete das Land jährliche Wachstumsraten von 6% bis 7%.<sup>51</sup> Dabei kam ihm seine wirtschaftliche Öffnung zugute: Nebst den CPTPP- und RCEP-Mitgliedschaften hat Vietnam eine Reihe bilateraler Freihandelsabkommen abgeschlossen, unter anderem mit der EU und mit dem Vereinigten Königreich. Entsprechend stark ist die vietnamesische Wirtschaft in die globalen Handelsströme integriert. Der graduelle (wenn auch unvollständige) Übergang von der Plan- hin zur Marktwirtschaft hat ebenfalls dazu beigetragen, dass Vietnam innerhalb einer Generation von einem der ärmsten Länder weltweit zu einer Volkswirtschaft mittleren Einkommens aufsteigen konnte. Die Fortsetzung dieser Dynamik gilt jedoch nicht als gesichert und dürfte wesentlich von der Entwicklung der Weltwirtschaft und von der Umsetzung weiterer Strukturreformen abhängen.

Offiziell gehört Vietnam zusammen mit dem benachbarten Laos zu den fünf weltweit verbliebenen **kommunistischen Ländern**. Zur Wahrung ihres Machtmonopols bedient sich die kommunistische Partei nebst der Einflussnahme auf Legislative und Justiz auch eines repressiven Polizei- und Militärapparates. Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger sowie unabhängige Medienschaffende werden verfolgt und teilweise drakonisch bestraft. Digitale Technologien werden vermehrt zur Einschränkung der politischen und zivilen Rechte genutzt. Aussenpolitisch bedeuten die komplexen Beziehungen zum Nachbarn China eine Herausforderung. Zwar sind die zwei Länder ideologisch verwandt und wirtschaftlich verflochten, die überlappenden Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer belasten das bilaterale Verhältnis jedoch nachhaltig.

Dank der dynamischen Wirtschaftsentwicklung konnten im vergangenen Jahrzehnt rund 30 Millionen Vietnamesinnen und Vietnamesen der extremen Armut entkommen.<sup>52</sup> Trotz dieser Errungenschaft werden **weitere Entwicklungsschritte** folgen müssen, um eine nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen für breite Bevölkerungskreise zu ermöglichen. Ohne weitergehende Reformen zur Steigerung privater Investitionen, zur Verbesserung der Produktivität und zur Erhöhung der Effizienz im öffentlichen Sektor droht Vietnam, auf einer mittleren Einkommensebene zu stagnieren. Auch die mangelnde Rechtssicherheit bremst den wirtschaftlichen Fortschritt. Hinzu kommt – als Kehrseite des wirtschaftlichen Erfolgs – die zunehmende Umweltbelastung. Die rasche, teilweise unkontrollierte Verstädterung und eine ineffiziente Ressourcennutzung bedrohen das reiche Naturkapital des Landes und wirken sich hemmend auf die weitere Entwicklung aus.

Vietnam ist ein **zunehmend wichtiger Partner** für die Schweiz. Das bilaterale Handelsvolumen hat sich vor der Covid-19-Pandemie innerhalb von nur sechs Jahren verdreifacht.<sup>53</sup> Im selben Zeitraum fand auch eine Verdoppelung der Schweizer Direktinvestitionen statt.<sup>54</sup> Mit dem Abschluss eines Freihandelsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Vietnam möchte die Schweiz die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft weiter verbessern und der bestehenden Benachteiligung gegenüber Unternehmen aus dem EU-Raum entgegenwirken. Im Rahmen der langjährigen Entwicklungszusammenarbeit leistet die Schweiz zudem Unterstützung bei der Realisierung eines marktorientierten und nachhaltigen Wachstums in Vietnam. Der Schwerpunkt des entsprechenden SECO-Kooperationsprogramms liegt auf der Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und auf der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Privatsektors. Zentrale Aspekte der bilateralen Beziehungen bleiben auch der Schweizer Einsatz für den Schutz der Menschenrechte und die Zusammenarbeit im wissenschaftlichen Bereich.

51 Internationaler Währungsfonds (IWF), [World Economic Outlook](#), Oktober 2022.

52 Weltbank, [World Development Indicators](#) (Poverty headcount ratio at \$1.90 a day), 2021.

53 Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG), [Swiss-Impex](#), 2021.

54 Schweizerische Nationalbank (SNB), [Schweizerische Direktinvestitionen im Ausland](#), 2020.

## Ziele und Massnahmen

### VN.A Die Schweiz setzt sich für den **Schutz der Menschenrechte** in Vietnam ein.

- VN.A1 Regelmässige Thematisierung der Menschenrechte im Austausch mit Regierung und Behörden.
- VN.A2 Förderung der zivilgesellschaftlichen Partizipation und Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern.

### VN.B Die Schweiz und Vietnam intensivieren ihre **bilateralen Wirtschafts- und Wissenschaftsbeziehungen**.

- VN.B1 Abschluss eines umfassenden und modernen Freihandelsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Vietnam.
- VN.B2 Koordinierter Einsatz aller Instrumente der Handelsdiplomatie und der Exportförderung.
- VN.B3 Sensibilisierung und Unterstützung von Schweizer Unternehmen in Bezug auf Rechtsunsicherheiten.
- VN.B4 Stärkung der exzellenzbasierten Zusammenarbeit im Bereich Bildung, Forschung und Innovation anhand bestehender Instrumente.


### VN.C Die Schweiz trägt zur Förderung eines **wettbewerbsfähigen Privatsektors** in Vietnam bei.

- VN.C1 Förderung marktorientierter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen.
- VN.C2 Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU und deren Zugang zu globalen Märkten.

### VN.D Die Schweiz leistet einen Beitrag zur **nachhaltigen Entwicklung** in Vietnam.

- VN.D1 Aufnahme eines umfassenden Nachhaltigkeitskapitels in das angestrebte Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Vietnam.
- VN.D2 Förderung einer nachhaltigen Stadtentwicklung und ressourcenschonender Produktionsprozesse.
- VN.D3 Unterstützung beim Aufbau eines nachhaltigen Tourismussektors.
- VN.D4 Durchführung eines regelmässigen Dialogs zu Arbeits- und Beschäftigungsfragen.

## 5.10 Brunei Darussalam

BRUNEI DARUSSALAM	
	<b>Bevölkerung:</b> 0.4 Mio. (2021) <b>Bevölkerungswachstum:</b> 0.0 Mio. (Prognose bis 2050) <b>Human Development Index:</b> Rang 51/191 (2021)
	<b>BIP:</b> USD 14 Mrd. (2021) <b>BIP-Wachstum:</b> +3.1% p.a. (Prognose 2023-2027) <b>BNE pro Kopf:</b> USD 31'510 (2021)
	<b>Vertretung seit:</b> 2001 (Honorarkonsulat) <b>Schweizer Kolonie:</b> 19 Personen (2021) <b>Handelsvolumen:</b> CHF 1.2 Mio. (2021)

Brunei Darussalam, das an der Nordküste der Insel Borneo gelegene Sultanat, ist gemessen an der Bevölkerungszahl das **kleinste Land in Südostasien**. Als zweitletztes Gebiet in der Region erlangte es 1984 seine Unabhängigkeit. Brunei Darussalam ist eine absolute Monarchie und wird nach islamischen Glaubensgrundsätzen regiert. Seinen hohen Entwicklungsstandard verdankt es reichen, der Küste vorgelagerten

Öl- und Gasvorkommen. Der sich abzeichnende Bedeutungsverlust der fossilen Brennstoffe setzt vor diesem Hintergrund ein Fragezeichen hinter die zukünftige Entwicklung des Landes. Entsprechend ist die Regierung um eine Diversifizierung der Wirtschaft bemüht.

Die Schweiz pflegt regelmässige Kontakte zu Brunei Darussalam und ist in der Hauptstadt Bandar Seri Begawan mit einem Honorarkonsul vertreten. Die Beziehungen sind **freundschaftlich, aber nicht intensiv**. Schweizer Unternehmen sind vor Ort kaum präsent und nur rund zwanzig Schweizer Staatsangehörige leben im Land. Die Kronprinzessin Brunei Darussalams stammt mütterlicherseits aus der Schweiz. Im Verbund mit anderen Staaten setzt sich die Schweiz dafür ein, dass sich Brunei Darussalam der Anti-Folterkonvention der UNO anschliesst. Anstoss für diese Bemühungen war die formelle Einführung des Scharia-Strafrechts durch Brunei Darussalam im Jahr 2019.

## 5.11 Timor-Leste

TIMOR-LESTE	
	<b>Bevölkerung:</b> 1.3 Mio. (2021) <b>Bevölkerungswachstum:</b> +0.5 Mio. (Prognose bis 2050) <b>Human Development Index:</b> Rang 140/191 (2021)
	<b>BIP:</b> USD 2.4 Mrd. (2021) <b>BIP-Wachstum:</b> +2.9% p.a. (Prognose 2023–2027) <b>BNE pro Kopf:</b> USD 1940 (2021)
	<b>Vertretung seit:</b> – <b>Schweizer Kolonie:</b> 9 Personen (2021) <b>Handelsvolumen:</b> CHF 0.3 Mio. (2021)

Timor-Leste ist der **jüngste Staat** in Südostasien. Er erlangte 2002 seine Unabhängigkeit von Indonesien zurück und wurde noch im selben Jahr – praktisch zeitgleich mit der Schweiz – Mitglied der UNO. Der Unabhängigkeit war ein jahrelanger Kampf gegen die indonesische Besatzung vorausgegangen. In den vergangenen zwei Jahrzehnten ist es Timor-Leste gelungen, einen friedlichen und demokratischen Staat aufzubauen. Die Herausforderungen hinsichtlich der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung bleiben jedoch beträchtlich. Dank Öl- und Gasvorkommen gehört Timor-Leste zwar zu den Ländern mit unterem mittlerem Einkommen (vgl. Grafik 8 in Kap. 2.2), im Index der menschlichen Entwicklung der UNO belegt es jedoch den tiefen 140. Rang von 191.<sup>55</sup> Beinahe die Hälfte der Menschen in Timor-Leste lebt unterhalb der nationalen Armutsgrenze.<sup>56</sup>

Die bilateralen Beziehungen sind gut, bewegen sich jedoch in **überschaubarem Rahmen**. Aus wirtschaftlicher Sicht ist Timor-Leste für die Schweiz von geringer Bedeutung. Als Land, das sich der Demokratie und den Menschenrechten verpflichtet sieht, ist es hingegen ein interessanter Partner in der multilateralen Diplomatie. Die Schweiz möchte die entsprechende Zusammenarbeit weiter ausbauen. Sie unterstützt Timor-Leste ausserdem mit Kleinprojekten in den Bereichen Menschenrechte und Bildung und hat in der Vergangenheit Katastrophenhilfe geleistet. Auch in den kommenden Jahren möchte die Schweiz punktuell zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Timor-Lestes beitragen.

55 United Nations Development Programme (UNDP), [Human Development Report](#), 2021/2022.

56 United Nations Development Programme (UNDP), [Timor-Leste: Economic transformation](#), 2022.

# 6 Partner für die Umsetzung

Die Schweiz verfolgt in Südostasien einen **partnerschaftlichen Ansatz** im Sinne von SDG 17 der UNO. Zur Umsetzung der in der vorliegenden Strategie formulierten Ziele und Massnahmen arbeitet sie mit zahlreichen Akteuren zusammen. Dazu unterhält und fördert sie Partnerschaften und Netzwerke mit Regierungen, mit Unternehmen, mit der Wissenschaft und mit Organisationen der Zivilgesellschaft. In der Schweiz pflegt der Bundesrat einen *Whole-of-Switzerland*-Ansatz, indem er die relevanten nationalen Akteure in die Gestaltung und die Umsetzung seiner Aussenpolitik gegenüber Südostasien einbindet.

## Gaststaaten

Die Gaststaaten sind **zentrale Partner** bei der Umsetzung der aussenpolitischen Prioritäten gegenüber Südostasien. Entsprechend legt die Schweiz Wert auf einen engen bilateralen Austausch. Dazu unterhält sie in der Region Südostasien ein Vertretungsnetz, dessen Ausgestaltung laufend den Bedürfnissen und Prioritäten angepasst wird (Anhang 1). Nebst der Interessenwahrung vor Ort pflegt die Schweiz den Kontakt auch auf hochrangiger politischer Ebene und zwischen den zuständigen Diensten in den jeweiligen Hauptstädten. Letzteres beinhaltet regelmässige politische Dialoge und spezifische thematische Gespräche, beispielsweise im Rahmen bilateral zusammengesetzter Wirtschaftskommissionen.

Eine wichtige Rolle kommt auch den **Vertretungen der Länder** Südostasiens zu, die in der Schweiz akkreditiert sind. Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Thailand und Vietnam sind mit Botschaften in Bern vertreten. Kambodscha, Laos, Myanmar und Timor-Leste pflegen die bilateralen Beziehungen über ihre ständigen Missionen bei den internationalen Organisationen in Genf. Brunei Darussalam und Singapur unterhalten ebenfalls ständige Missionen in Genf, pflegen die bilateralen Beziehungen jedoch bevorzugt aus der Hauptstadt (Singapur) bzw. über die Botschaft in Berlin (Brunei Darussalam).

## Internationale und regionale Organisationen

Multilaterale Organisationen bieten eine weitere **Plattform für die Zusammenarbeit** mit Südostasien. Die Schweiz bringt sich aktiv in die multilaterale Arbeit ein und unterstützt die entsprechenden Organisationen mit Expertise und Ressourcen. Nebst den in Kapitel 4 behandelten regionalen Formaten betrifft dies insbesondere die UNO. Deren Institutionen und Programme, beispielsweise der UNO-Menschenrechtsrat, dienen als Instrument zur Förderung der Schweizer Interessen in der Region. Dabei arbeitet die Schweiz auch vor Ort mit der UNO zusammen, beispielsweise über die in Bangkok beheimatete Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik (*United Nations Economic and Social Commission for Asia and the Pacific*, UN ESCAP). Die Schweiz legt Wert darauf, dass die betreffenden multilateralen Organisationen über klare Ziele und Handlungsspielräume verfügen, damit ihre Wirksamkeit und ihre Effizienz überprüft und bei Bedarf optimiert werden können.

## Drittstaaten

Die Zusammenarbeit mit Drittstaaten erlaubt die **Nutzung von Synergien** bei der Wahrung sich überschneidender Interessen in Südostasien. Sie findet in erster Linie über die jeweiligen Vertretungen vor Ort statt. Im Vordergrund steht dabei die Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Staaten zur Förderung der Menschenrechte und zur koordinierten Herangehensweise an Herausforderungen im Handels- und Investitionsbereich. Im Rahmen von Asienkonsultationen pflegt die Schweiz auch auf Ebene der Hauptstädte einen regelmässigen Dialog mit Drittstaaten, beispielsweise mit Deutschland und dem Vereinigten Königreich. Auch mit der EU besteht ein Austausch über die Aussenpolitik im südostasiatischen Kontext.



## Private Akteure

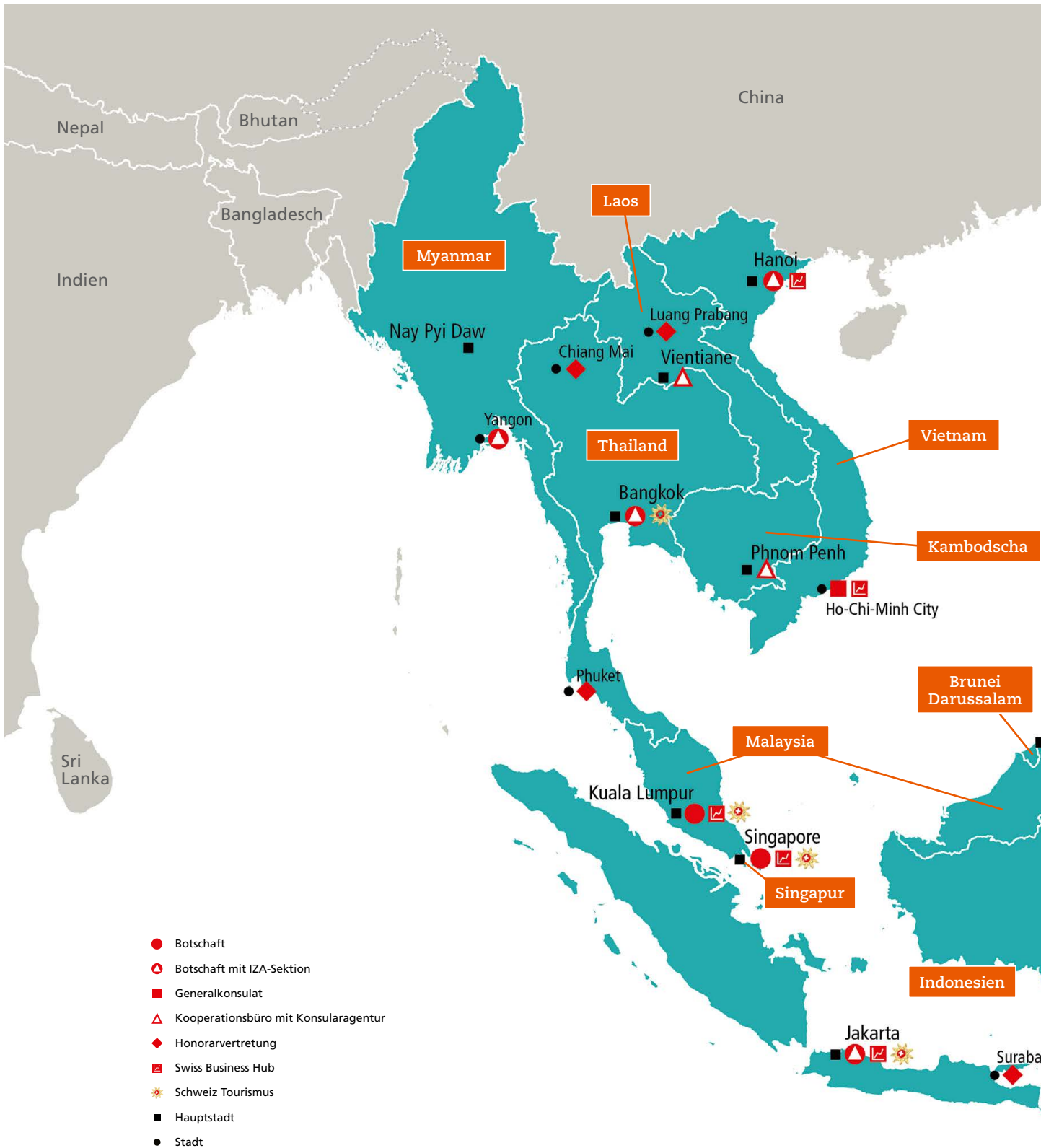
Zahlreiche Schweizer **Unternehmen** unterhalten Handelsbeziehungen zu Südostasien und/oder sind mit Niederlassungen vor Ort präsent. Sie schaffen hochwertige Arbeitsplätze und fördern auf diese Weise den Wohlstand in Südostasien und in der Schweiz. Über die lokalen Handelskammern leisten sie zudem einen wertvollen Beitrag zur Vertretung der Schweizer Wirtschaftsinteressen in Südostasien.

Zur Erreichung ihrer Ziele sind die Unternehmen nicht nur auf gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen, sondern auch auf ein **stabiles Umfeld** angewiesen. Grundlegende aussenpolitische Schwerpunkte wie Nachhaltigkeit oder Frieden und Sicherheit liegen deshalb auch im Interesse der Schweizer Wirtschaft. Den Unternehmen kommt gleichzeitig eine wichtige Rolle bei der Umsetzung dieser Ziele zu. Die verantwortlichen Departemente des Bundes möchten ihre Zusammenarbeit mit dem Privatsektor in diesem Sinne weiter stärken. Nebst der vermehrten Nutzung von Synergien bei der Entwicklungszusammenarbeit beinhaltet dies auch die Unterstützung privatwirtschaftlicher Initiativen, die mit den Zielen der vorliegenden Strategie im Einklang sind. Ein Beispiel hierfür ist der *Trade and Sustainability Council*, ein durch Wirtschaftsverbände aus der Schweiz und Indonesien getragenes Dialogformat. Dieses beabsichtigt die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen beider Länder bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsbestimmungen, wie sie im wirtschaftlichen Partnerschaftsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien enthalten sind.

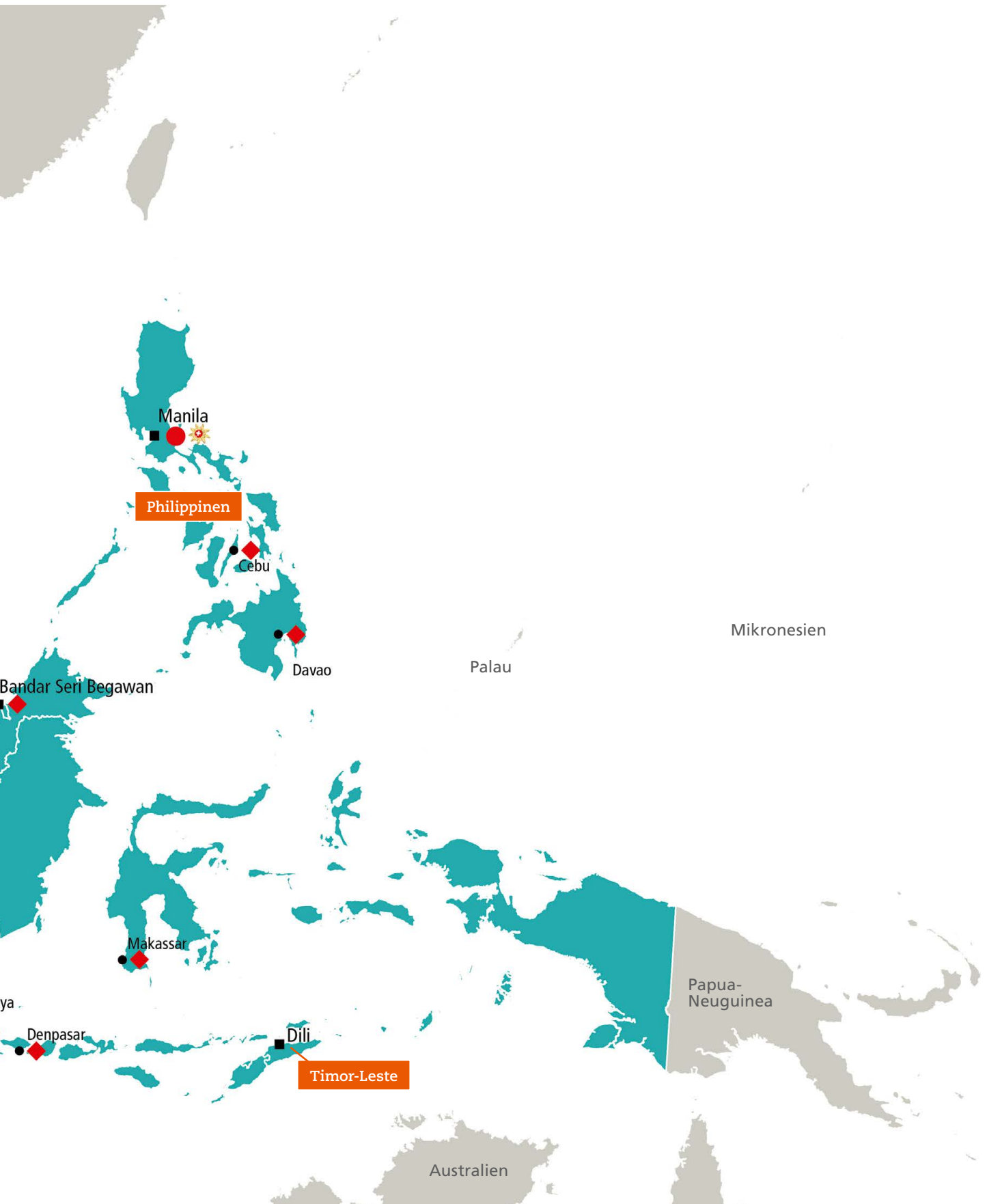
Die aufstrebenden Länder Südostasiens gewinnen auch im Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) an Bedeutung. Dies eröffnet neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit für **Schweizer Hochschulen und Forschungsanstalten**, die im weltweiten Vergleich Spitzenplätze belegen. Die Schweizer Vertretungen vor Ort unterstützen die Vernetzung mit Partnerinstitutionen in den Gaststaaten entlang der Vorgaben der Internationalen Strategie der Schweiz im Bereich Bildung, Forschung und Innovation. Besonderes Augenmerk gilt dabei der Förderung wissenschaftsbasierter Innovationsprojekte und der Schweizer Start-up-Szene. Die ETH Zürich ist für die Jahre 2021–2024 als *Leading House* für die Forschungs- und Innovationszusammenarbeit mit Südostasien mandatiert. In diesem Rahmen werden bilaterale Forschungsvorhaben gefördert und neue Instrumente der Innovationszusammenarbeit initiiert, die interessierte Schweizer Forschende mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Südostasien zusammenbringen.

Die Schweiz arbeitet in zahlreichen Kontexten mit lokalen, schweizerischen und internationalen **Nichtregierungsorganisationen** (*Non-Governmental Organizations*, NGO) zusammen. Je nach Schwerpunkt engagieren sich diese in der Entwicklungszusammenarbeit, in der humanitären Hilfe oder in der Förderung der Menschenrechte. Diverse Schweizer NGO verfügen über ein langjähriges Engagement in Südostasien und arbeiten eng mit der lokalen Zivilgesellschaft zusammen. Die Schweiz überprüft den Einsatz ihrer Mittel, der Kohärenz mit ihren aussenpolitischen Zielen und die Zielerreichung laufend mittels interner und externer Kontrollmechanismen. Den Vertretungen vor Ort, die in engem Kontakt mit den von der Schweiz mandatierten NGO stehen, kommt dabei eine tragende Rolle zu.

# Anhang 1: Vertretungsnetz



Grafik 18: Vertretungsnetz der Schweiz in Südostasien (Quelle: EDA).



# Anhang 2: Abkürzungsverzeichnis

APS	Aussenpolitische Strategie	G20	Gruppe der 20
AIB	Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank ( <i>Asian Infrastructure Investment Bank</i> )	GESDA	<i>Geneva Science and Diplomacy Anticipator</i>
AsDB	Asiatische Entwicklungsbank ( <i>Asian Development Bank</i> )	IIMM	<i>Independent Investigative Mechanism for Myanmar</i>
AICHR	Zwischenstaatliche Menschenrechtskommission der ASEAN ( <i>ASEAN Intergovernmental Commission on Human Rights</i> )	IPEF	Indopazifischer Wirtschaftsrahmen für Wohlstand ( <i>Indo-Pacific Economic Framework for Prosperity</i> )
ASEAN	Verband Südostasiatischer Nationen ( <i>Association of Southeast Asian Nations</i> )	IWF	Internationaler Währungsfonds
ARF	Regionales Forum der ASEAN ( <i>ASEAN Regional Forum</i> )	IZA	Internationale Zusammenarbeit
ASEF	Asien-Europa-Stiftung ( <i>Asia-Europe Foundation</i> )	KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
ASEM	Asien-Europa-Treffen ( <i>Asia-Europe Meeting</i> )	LMC	Zusammenarbeit Lancang-Mekong ( <i>Lancang-Mekong Cooperation</i> )
AVIS 2028	Aussenpolitische Vision Schweiz 2028	MRC	Mekong-Flusskommission ( <i>Mekong River Commission</i> )
BFI	Bildung, Forschung und Innovation	NGO	Nichtregierungsorganisation ( <i>Non-Governmental Organisation</i> )
BIP	Bruttoinlandprodukt	OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
BNE	Bruttonationaleinkommen	RCEP	Umfassende regionale Wirtschaftspartnerschaft ( <i>Regional Comprehensive Economic Partnership</i> )
BRI	<i>Belt and Road Initiative</i>	SBFI	Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation
CPTPP	Umfassende und fortschrittliche Vereinbarung über eine transpazifische Partnerschaft ( <i>Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership</i> )	SDG	Ziele für nachhaltige Entwicklung ( <i>Sustainable Development Goals</i> )
Covid-19	Coronavirus-Krankheit-2019 ( <i>Coronavirus Disease 2019</i> )	SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft
DEZA	Direktion für Entwicklungszusammenarbeit im EDA	SKH	Schweizerisches Korps für Humanitäre Hilfe
EAS	Ostasiatisches Gipfeltreffen ( <i>East Asia Summit</i> )	UN ESCAP	Wirtschafts- und Sozialkommission der UNO für Asien und den Pazifik ( <i>United Nations Economic and Social Commission for Asia and the Pacific</i> )
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten	UNO	Organisation der Vereinten Nationen ( <i>United Nations Organization</i> )
EFTA	Europäische Freihandelsassoziation ( <i>European Free Trade Association</i> )	USD	US-Dollar ( <i>United States Dollar</i> )
ETH	Eidgenössische Technische Hochschule		
EU	Europäische Union		

# Anhang 3: Glossar ↪

**Agenda 2030:** Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung bildet mit ihren 17 Zielen einen globalen Referenzrahmen bezüglich der drei untrennbaren Dimensionen Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft. Die Schweiz anerkennt die Agenda 2030 als wichtigen Orientierungsrahmen. Als solcher ist diese zwar kein bindender gesetzlicher Rahmen, aber ein Mittel zur politischen Zielsetzung und Meinungsbildung sowohl für Innen- wie auch Aussenpolitik.

**Aussenpolitik:** Sie gestaltet die Beziehungen eines Staates zu anderen Staaten und internationalen Organisationen und wahrt dessen Interessen im Ausland. Die Aussenpolitik umfasst verschiedene Bereiche, wie zum Beispiel Handels-, Umwelt-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Kulturpolitik. In der Schweiz ist der Gesamtbundesrat für die Aussenpolitik zuständig. Das EDA hat den Auftrag, die Aussenpolitik zu koordinieren und die Kohärenz mit den anderen Departementen sicherzustellen (vgl. Kohärenz).

**AVIS 2028:** Der 2019 veröffentlichte Bericht «Vision für die Schweizer Aussenpolitik 2028» (AVIS 2028) wurde von einer durch Bundesrat Ignazio Cassis eingesetzten ranghohen Arbeitsgruppe erarbeitet. Er stellt für das EDA eine Inspirationsquelle für die Weiterentwicklung der Aussenpolitik dar, indem er politische, ökologische, technologische und gesellschaftliche Treiber des Wandels analysiert und daraus mittelfristige Folgen für die Schweizerische Aussenpolitik ableitet.

**Bilateralismus:** Werden aussenpolitische Fragen zwischen zwei Parteien besprochen oder verhandelt, spricht man von Bilateralismus. Sind es mehrere Parteien, von Multilateralismus (vgl. Multilateralismus).

**Cybersicherheit:** Sie befasst sich mit allen Aspekten der Sicherheit in der Informations- und Kommunikationstechnik. Dies umfasst die gesamte mit dem Internet und vergleichbaren Netzen verbundene Informationstechnik und schliesst darauf basierende Kommunikation, Anwendungen, Prozesse und verarbeitete Informationen mit ein. Durch internationale Kooperation von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren im Bereich Cybersicherheit soll ein offener, freier und stabiler Cyberraum geschaffen und geschützt werden. Mit ihr kann auch das Risiko von Cyberangriffen zwischen Staaten reduziert werden.

**Digitalisierung:** Sie beinhaltet die Integration von allen elektronischen Daten und Anwendungen in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft. Die Digitalisierung umfasst eine breite Palette von digitalen Anwendungen wie neue Kommunikationstechnologien, Robotik, *Cloud-Computing*, *Big-Data-Analyse*, künstliche Intelligenz, das Internet der Dinge usw. Sie durchdringt weite Bereiche unseres alltäglichen Lebens und verändert diese teilweise grundlegend.

**Friedensförderung:** Zur zivilen Friedensförderung gehören Beiträge zur Prävention, Entschärfung oder Lösung von Gewaltkonflikten, namentlich durch Vertrauensbildung, Vermittlung und die Förderung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte (vgl. Menschenrechte). Friedensbildende Aktivitäten nach Beendigung von gewaltsamen Auseinandersetzungen beinhalten unter anderem Vergangenheitsarbeit, Beiträge zur Förderung demokratischer Prozesse und Wahlen sowie zur Stärkung der Menschenrechte. Die Friedensförderung schafft bzw. stärkt die für eine nachhaltige Entwicklung notwendigen Rahmenbedingungen. Sie umfasst sowohl zivile als auch militärische Massnahmen.

**Gaststaat:** Der Begriff bezeichnet ein Land, das Sitzstaat von ausländischen Vertretungen (Botschaften, Missionen, Konsulaten) oder internationalen Organisationen ist. Die Schweiz – insbesondere der Standort Genf (vgl. internationales Genf) – beherbergt eine Vielzahl von internationalen Organisationen.

**Gute Dienste:** Sammelbegriff für die Bemühungen einer Drittpartei zur friedlichen Beilegung eines Konflikts zwischen zwei oder mehreren Staaten. Die Guten Dienste der Schweiz bestehen aus drei Bereichen: Schutzmachtmandate, die Schweiz als Gaststaat von Friedensverhandlungen und die Schweiz als Mediatorin und Fazilitatorin sowie als Unterstützerin von Mediations- und Verhandlungsprozessen. Gute Dienste reichen von technischer oder organisatorischer Unterstützung (zum Beispiel Bereitstellen eines Konferenzortes) über Vermittlungsdienste bis hin zur Teilnahme an internationalen Friedensprozessen.

**Gouvernanz (gute Regierungsführung):** Diese beschreibt eine demokratische, effiziente und wirksame Regierungsführung zum Nutzen aller Bürgerinnen und Bürger. Dazu gehören u.a. politische Entscheidungsfindung im Rahmen transparenter, partizipativer Prozesse; klar aufgeteilte Verantwortlichkeiten; wirksame öffentliche Dienstleistungen; ein zugängliches, professionelles, unabhängiges und rechtsstaatliches Rechtssystem und politische Kontrolle durch eine kritische Öffentlichkeit.

**Indopazifik:** Geostrategisches Konzept, das zunehmend Eingang in den ausserpolitischen Diskurs diverser westlicher Staaten findet. Dahinter steht die Überlegung, dass der indische und der pazifische Ozean als zusammenhängender geostrategischer Raum betrachtet werden müssen, da die Anrainerstaaten zunehmend vernetzt sind.

**Internationale Organisation:** Internationale Organisationen sind ein auf Dauer ausgelegter Zusammenschluss von mindestens zwei Staaten. Sie sind mit der selbständigen Wahrnehmung eigener Aufgaben betraut und deshalb mit mindestens einem Organ ausgestattet, durch das sie handeln. Sie beruhen in der Regel auf einem multilateralen Gründungsvertrag (auch Statut oder Charta genannt), der den Aufgabenbereich und die Organe der Organisation festlegt.

**Internationales Genf:** Genf ist Herz des multilateralen Systems und europäischer UNO-Hauptsitz. 42 internationale Organisationen, Programme und Fonds sowie 177 Staaten und 750 NGO sind vertreten. Das internationale Genf bietet rund 31'000 Menschen Arbeit und steuert über 11 Prozent zum BIP des Kantons bei (1% des Schweizer BIP). Jährlich finden ca. 3'500 internationale Konferenzen in Genf statt; Hauptthemen sind 1) Frieden, Sicherheit, Abrüstung; 2) Humanitäre Hilfe und humanitäres Völkerrecht, Menschenrechte, Migration; 3) Arbeit, Wirtschaft, Handel, Wissenschaft, Telekommunikation; 4) Gesundheit; 5) Umwelt und nachhaltige Entwicklung.

**Internationale Zusammenarbeit (IZA): Sämtliche Instrumente** der humanitären Hilfe, der Entwicklungszusammenarbeit sowie der Förderung des Friedens und der menschlichen Sicherheit, die vom EDA und vom WBF eingesetzt werden.

**Kohärenz:** Der Begriff bezieht sich auf das möglichst widerspruchsfreie Zusammenspiel der verschiedenen Politikbereiche eines Landes.

**Leading House:** Im *Leading House*-Modell sind ausgewählte Schweizer Hochschulen vom SBFJ mandatiert, im Rahmen bilateraler Programme Kooperationsinstrumente für Anschubfinanzierungen und innovative Pilotprojekte im Bereich Bildung, Forschung und Innovation zu errichten.

**Menschenrechte:** Die Menschenrechte sind angeborene und unveräusserliche Rechte, die ohne Unterschied allen Menschen rein aufgrund ihres Menschseins zustehen. Sie sind zentral für den Schutz der menschlichen Würde, der physischen und psychischen Integrität und eine wichtige Grundlage für die Entwicklung eines jeden Einzelnen. Sie sind Garanten einer Gesellschaft, die auf der Verpflichtung zur Achtung der Rechte des Einzelnen gründet. Sie gelten sowohl in den internationalen Beziehungen als auch in der nationalen Politik. Die Menschenrechte sind universell, unteilbar und stehen untereinander in engem Zusammenhang. Jeder Staat ist verpflichtet, die Menschenrechte zu respektieren, zu schützen und umzusetzen.

**Multilateralismus:** Man spricht von Multilateralismus, wenn Fragen von öffentlichem Interesse zwischen mehr als zwei Staaten diskutiert und verhandelt werden. Internationale Organisationen und Gremien wie die UNO und die ASEAN sind Bühnen für solche Diskussionen. Der Multilateralismus erlaubt es der Schweiz, über Allianzen eine Hebelwirkung zu erzielen und die Möglichkeiten der Einflussnahme zu vervielfachen. Werden ausserpolitische Fragen nur zwischen zwei Parteien besprochen oder verhandelt, spricht man hingegen von Bilateralismus (vgl. Bilateralismus).

**Nachhaltigkeit:** Auf Basis der Verfassung sorgt die Schweiz für eine nachhaltige Entwicklung. Sie definiert diese gemäss der Brundtland-Kommission von 1987 als Entwicklung, welche «die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre nicht befriedigen können». Das Prinzip wurde im Jahr 2015 durch die Agenda 2030 mit 17 Zielen konkretisiert (vgl. Agenda 2030).

**Nichtregierungsorganisation:** Jede gemeinnützige private Einrichtung, die auf lokaler, nationaler oder internationaler Ebene organisiert ist, um gemeinsame Ziele und Ideale zu verfolgen, ohne dass eine bedeutende staatlich kontrollierte Beteiligung oder Vertretung besteht. NGO sind Teil der Zivilgesellschaft (vgl. Zivilgesellschaft).

**Privatsektor:** Der Privatsektor umfasst Akteure, die nicht mehrheitlich dem Staat gehören und die gewinnorientiert sind. Im Rahmen dieser Strategie umfasst der Begriff des Weiteren auch Sozialunternehmen, wirkungsorientierte Investoren und gewisse Förderstiftungen (insbesondere jene multinationaler Unternehmen).

**Swiss Business Hubs:** Die weltweit 22 in die Schweizer Auslandsvertretungen integrierten Swiss Business Hubs stellen die internationale Präsenz der Organisation *Switzerland Global Enterprise* sicher, welche im Auftrag des Bundes die Förderung des Schweizerischen Aussenhandels zum Ziel hat.

**UNO-Sicherheitsrat:** Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen setzt sich aus fünf permanenten Mitgliedern (USA, Vereinigtes Königreich, Frankreich, Russland, China) und zehn nichtständigen Mitgliedern zusammen. Er setzt sich für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit ein. Die Schweiz ist in den Jahren 2023–2024 als nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat vertreten.

**Völkerrecht:** Das Völkerrecht entsteht im Zusammenwirken der Staaten und regelt das Zusammenleben zwischen ihnen. Es ist Grundlage für Frieden und Stabilität und zielt auf den Schutz und das Wohl der Menschen ab. Völkerrecht umfasst so unterschiedliche Bereiche wie Gewaltverbot, Menschenrechte, Schutz der Menschen bei Kriegen und Konflikten, die Verhinderung und Strafverfolgung von Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Genozid, transnationaler organisierter Kriminalität und Terrorismus. Zudem regelt es Bereiche wie Umwelt, Handel, Entwicklung, Telekommunikation oder Transportwesen. Aufgrund der Souveränität der Staaten gilt das Völkerrecht für jeden Staat nur soweit, als er zugestimmt hat, bestimmte internationale Verpflichtungen zu übernehmen. Ausgenommen ist das zwingende Völkerrecht, das grundlegende Normen beinhaltet, über die sich kein Staat hinwegsetzen darf, zum Beispiel das Genozidverbot. Das Völkerrecht gilt auch im digitalen Raum.

**Wissenschaftsdiplomatie:** Die Wissenschaftsdiplomatie hat mehrere Dimensionen und umfasst zum einen die Unterstützung der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit durch diplomatische Bemühungen («Diplomatie für die Wissenschaft»). Sie umfasst zum anderen die Unterstützung aussenpolitischer Ziele durch wissenschaftliche Beratung («Wissenschaft in der Diplomatie») sowie die Nutzung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Ländern («Wissenschaft für die Diplomatie»). Darüber hinaus ist die Wissenschaftsdiplomatie im Bereich der Digitalausenpolitik ein wichtiger Ansatz bzw. Herangehensweise, insbesondere im multilateralen Bereich.

**Zivilgesellschaft:** Die Zivilgesellschaft umfasst denjenigen Teil der Gesellschaft, der sich relativ unabhängig von Staat und Privatsektor organisiert. Sie setzt sich aus Gruppen zusammen, die gemeinsame Interessen und Ziele verfolgen sowie Werte teilen. Dazu gehören NGOs, gemeinnützige Vereine und Stiftungen, Bürgergruppen, religiöse Organisationen, politische Parteien, Berufsverbände, Gewerkschaften, soziale Bewegungen und Interessengruppen.

## Impressum

Herausgeber:  
Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA  
3003 Bern  
[www.eda.admin.ch](http://www.eda.admin.ch)

Publikationsdatum:  
15.02.2023

Gestaltung:  
Team Audiovisuell, Kommunikation EDA, Bern

Titelbild:  
Craig Schuler, shutterstock

Karten:  
Die Darstellung von Grenzen und die Verwendung von Namen und Bezeichnungen auf den Karten bedeutet nicht, dass die Schweiz diese offiziell befürwortet oder anerkennt.

Bestellungen:  
[publikationen@eda.admin.ch](mailto:publikationen@eda.admin.ch)

Diese Publikation ist auch auf Französisch, Italienisch und Englisch erhältlich und kann heruntergeladen werden unter [www.eda.admin.ch/strategien](http://www.eda.admin.ch/strategien).

Bern, 2023 / © EDA

